Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)
für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407

Nr. 190 | Bezugspreis: Monatlich 1.75 Mk. frei Haus. Bei Abholung 1.60 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 5.25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 15 Pfennig | Halle, Donnerstag, den 21. August 1919 | Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Millimeter-Zeile 20 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 60 Pfennig – Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr – | 3. Jahrgang

Ludendorffs Kriegserinnerungen.

Man muß es dem General Ludendorff lassen, daß er in seinen Erinnerungen als einziger der mehr oder weniger Großen des alten Systems auf die Methode der Bezichtigung von Artgenossen und des gegenseitigen Sicherunterreißens verzichtet. Der politische Gegensatz, der zwischen dem General und der politischen Reichsleitung bestand, kommt nichtsdestoweniger in seinen Erinnerungen zu klarem Ausdruck.

Man gewinnt aus dem Ganzen den Eindruck, daß der Verlierer des Weltkriegs auch heute noch in einer nur psychologisch erklärlichen Blindheit an dem Glauben hängt, alles wäre gut gegangen, wenn die Reichsleitung nur Politik nach seinen Rezepten betrieben hätte und wenn zum Schluß der dumme ärgerliche Zwischenfall, die Revolution, ausgeblieben wäre. Aus einem schiefen Gesichtswinkel gesehen, verlieren die Ereignisse des Herbstes 1918 jede richtige Proportion. Beispielsweise wird in einem einzigen Sätzchen gesagt, daß an der Oktober-November-Wende ein Bundesgenosse nicht mehr vorhanden war und feindliche Truppen schon bei Insbruck standen. Dann kommt aber eine lange Klage auf die Revolution, die alles zerstört, und auf die Regierung, die alle Waffenstillstandsbedingungen angenommen hätte. Dei einfachste Ueberlegung sagt, daß mit dem Verlust der Bundesgenossen

alles verloren war.

Nachdem sich seit August an der Westfront die Uebermacht der Gegner immer mehr fühlbar gemacht, die von der deutschen Heeresleitung hinweggeleugneten Reserven des Feindes immer kräftiger eingegriffen, die von ihr völlig verkannten und unterschätzten Tanks immer breitere Lücken in die deutsche Front gerissen hatten — nach dem erzwungenen Rückzug der deutschen Armeen im Westen war mit einmal ganz Oesterreich-Ungarn nur als ein Aufmarschterrain für die Gegner geworden, und die Grenze von Oberschlesien bis an den Bodensee lag ihrem Einbruch offen. Das war die militärische Lage in dem Augenblick, in dem die Revolution ausbrach.

Ludendorff sieht diese Dinge nicht, er will sie nicht sehen, sondern schreibt einfach den Unabhängigen die Schuld an der deutschen Niederlage zu. Darin liegt eine Verkennung der militärischen Lage und eine unglaubliche Ueberschätzung der unabhängigen Bewegung, die gar nicht einheitlich und bewußt auf die Revolution hinarbeitete, sondern selber durch die Ereignisse mehr gezogen wurde, als sie schob. Nachdem man die Massen bis zu

dem letzten gräßlichen Augenblick

der enthüllenden Wahrheit in dem Glauben gelassen hatte, es stünde alles vortrefflich und Deutschland könne siegen, wie es wolle, nachdem man jahrelang jede Andeutung, Deutschland müsse sich an der Verteidigung genug sein lassen und dürfe sich die Kraft eines Eroberungskrieges über die ganze Welt nicht zutrauen, als Miesmacherei und Flaumacherei gewaltsam unterdrückt hatte, nach allem Druck und Drangsal der vier Jahre, der nun durch eine solche zerschmetternde Enttäuschung belohnt wurde, hätte das deutsche Volk nicht aus fühlenden Menschen bestehen dürfen, wenn es all das geduldig auf sich hätte nehmen sollen. Durch die Gewalt der Tatsachen, die von keiner revolutionären Propaganda geschaffen waren, wurde das Rinnsal zum Strom, das Lüftchen zum Sturm. Breite Volksmassen, die während des Krieges fest zur Verteidigung des Landes gestanden hatten, wurden von der Revolution mitgerissen, die erst dadurch eine wirkliche Revolution wurde und siegte. Anders konnte es gar nicht kommen.

So ist dem General Ludendorff seine Verteidigung vollständig mißlungen, und doch kommt man nach der Lektüre seiner Erinnerungen dazu, seine Schuld in etwas milderem Lichte zu sehen. Man fühlt, hier spricht ein Soldat, der

in politischen Dingen der reine Tor

ist. Ludendorff kannte und kennt nicht das Volk, er verwechselte mit ihm die feudalen, konservativen und großkapitalistischen Kreise, die ihn umgeben. Nie ist in seinem Gehirn nur das Fünkchen des Gedankens aufgeglommen, daß die moralische Kraft der großen Masse nur durch Gewährung von Freiheit, nur durch Befestigung der Ueberzeugung, daß Deutschland auch nach außenhin für nichts als seine Freiheit kämpfe, gestärkt werden könne. Die reaktionär-alldeutsche Stimmungsmache, von der Ludendorff eine Stärkung des Siegeswillens erwartete, hat in Wirklichkeit den Verteidigungswillen erschüttert, die Angriffslust und den Zusammenhang der Gegner hundertfach gestärkt.

Ein guter Soldat hat das Recht, in politischen Dingen ein Esel zu sein. Wenn aber dann der Staat nicht aus sich selbst heraus eine diesem Soldaten überlegene politische Macht schafft, die alles auf den rechten Weg weist, dann kann die beste Kunst der Kriegsführung die Katastrophe nicht vermeiden. Das alte kaiserliche Deutschland ist daran gestorben, daß es nur militärische Tüchtigkeiten ausbildete, die politischen aber verkrüppelte. Das ist eine Schuld, zu groß, als daß ein einzelner Mensch sie tragen könnte, hieße er auch Erich Ludendorff.

Der oberschlesische Krieg.

Kattowitz, 19. August. Die heutige Nacht und der Vormittag verliefen ruhig. Anscheinend haben die Aufständischen die Zeit benutzt, um ihre Organisation zu vervollständigen, sich von den Polen mit Waffen zu versehen und die Besetzung des Landes planmäßig auszuführen. Wie gemeldet wird, üben sie in den besetzten Ortschaften die vollziehende Gewalt aus und haben alle männlichen Personen zwischen 20 und 40 Jahren zu den Waffen gerufen. Ein großer Teil der deutschen Einwohnerschaft von Schoppnitz, sowie die Gefangenen sind über die Grenze nach Polen abgeschoben. Im Laufe des Nachmittags versammelten sich gegenüber unseren Postierungen am Ortsausgang von Kattowitz starke Banden mit zahlreichen Maschinengewehren und hielten die Ortsausgänge unter Feuer. Ein Regiment, unterstützt von einem Panzerzug und Artillerie, griff am Nachmittag Janow an und ist im Besitz von Agnes-Amanda-Grube, Richthofenschacht, Wildensteinsegen-Grube und Bogutschnetz-Süd. In Bogutschnetz-Nord wurden durch einige Artillerieschüsse feindliche Banden verscheucht. Leider wurde einer unserer Flieger vor Eichenau zur Notlandung gezwungen. Er vernichtete sein Flugzeug und ist in Gefangenschaft geraten. Auch in Myslowitz hatte die Truppe dauernd Kämpfe mit Banden zu bestehen. Bisher ist es gelungen, diese Banden durch energisches Vorgehen von der Stadt fernzuhalten.

WTB. **Berlin**, 20. August. (Drahtnachricht.) In Oberschlesien hat sich die Lage dadurch erheblich zugespitzt, daß die bisher gegen die Grenzschutztruppen operierenden Banden starken Zuzug von jenseits der polnischen Grenze erhalten haben und noch erhalten. Dieser Zuzug zwingt zur Annahme, daß die polnischen Grenzbehörden bisher keine ausreichenden Maßnahmen getroffen haben, um zu verhindern, daß die kritische Lage in Oberschlesien noch weiter verschärft wird.

WTB. **Beuthen** (Oberschl.), 20. Aug. In Laurahütte brachen gestern abend Unruhen aus. Durch Beschießung vorüberziehender Patrouillen aus den Fenstern wurden fünf Soldaten verletzt. Ferner versuchte der Pöbel in der Nacht zwei Angriffe auf das Postamt, die abgeschlagen wurden. Im Laufe des heutigen Vormittags wurde ein Bataillon Marinetruppen aus Ruda nach Laurahütte in Marsch gesetzt, um Haussuchungen und eventuell Verhaftungen vorzunehmen. Die in Godulahütte versammelten Truppen suchen heute den Ort nach weiteren Waffen ab, ebenso die Orte Deutsch-Piekar und Scharley. Fünf neue Verhaftungen wurden vorgenommen.

Ententetruppen zum Ordnungschaffen in Oberschlesien.

Berlin, 21. Aug. Verschiedene Blätter wollen wissen, daß der Oberste Rat der Alliierten beschlossen habe, Marschall Foch solle der deutschen Regierung nahelegen, mit dem Streik ein Ende zu machen, nötigenfalls würden Entente-Truppen zur Verfügung gestellt werden.

Abnahme des Streiks.

WTB. **Kattowitz**, 20. August. (Drahtnachricht.) Laut Meldungen der Pressestelle des Staatskommissariats kann im Beuthener Aufstandsgebiet dank der Haltung der Truppen der Aufstand in der Hauptsache als abgeschlagen gelten. Es ist in der vergangenen Nacht gelungen, den Beuthener Bezirk so ziemlich zu säubern. Ein größerer Angriff fand statt in und um Laurahütte. Aber auch hier gelang es den Truppen, Herr der Lage zu bleiben. Laurahütte ist fest in unserer Hand. In den heutigen Morgenstunden war der eigentliche Grenzbezirk Kattowitz—Myslowitz stark gefährdet. Es wurde hier ein großer Angriff eingesetzt mit dem Erfolge, daß Gieschwald, Kleofasschacht, Janow, Wilhelminenhütte und Rodzin in unserer Hand sind. Unsere Truppen sind im weiteren Vormarsch gegen die Grenze. Die Sicherung dieses Grenzgebietes dürfte aller Voraussetzung nach noch einige Tage dauern. Da es noch zahlreiche Insurgentennester auszuheben gilt, ist mit einem Herüber- und Hinübersetzen der Banditen zu rechnen. Ueber den mit dem Aufstand Hand in Hand gehenden Generalstreik ist zu melden, daß sich bereits eine geringe Wiederaufnahme der Arbeit bemerkbar macht. Es arbeiten heute auf Königsgrube etwa 30 Proz. der Belegschaften, in Emma- und Rümelhütte 25 Proz., Anna- und Hohenzollern 20 Proz.

Das reaktionäre ungarische Kabinett wackelt.

Aus Wien meldet das „B. T.“: Der heute hier eingetroffene Führer der ungarischen Sozialdemokratie, Garamy, hatte eine Besprechung mit der hiesigen Ententemission. Es dürfte bereits morgen eine Note an die ungarische Regierung veröffentlicht werden, in welcher mitgeteilt wird, daß die gegenwärtige ungarische Regierung, in welcher ein Teil der Bevölkerung entgegen den Wünschen der Entente nicht vertreten ist, nicht die Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande biete. Die rumänischen Truppen müßten daher die Hauptstadt Budapest und Ungarn solange besetzt halten, bis eine Regierung eingesetzt sei, deren Vertreter die Interessen aller Bevölkerungsschichten zu schützen imstande seien. Diese Note wird naturgemäß den Sturz des Ministeriums Friedrich und auch die Demission des Verwesers, Erzherzog Joseph, nach sich ziehen. Man hofft in Budapest nun auf den Plan zurückzugreifen, der schon seinerzeit erwogen und von der Entente gutgeheißen wurde, nämlich einen dreigliedrigen Stadtrat aus den Kreisen der Sozialdemokraten, Bürger und Bauern einzusetzen, der also alle Bevölkerungsschichten Ungarns vertritt und mit der Aufgabe betraut wird, die Regierung bis zur Durchführung der neuen Wahl zu leiten.

Budapest, 20. August. (WTB.) Nach einer Meldung des Ungar. Korr.-Büros ist in ganz Ungarn das Standrecht erklärt worden.

Neuer unabhängiger Schwindel.

WTB. **Berlin**, 20. August. Die „B. Z. a. M.“ erfährt von zuständiger Stelle im Finanzministerium, daß die Meldung der „Freiheit“ (die gestern auch das „Volksblatt“ in Fettdruck brachte), Finanzminister Südekum habe dem Kabinett eine Vorlage über die Zahlung einer Abfindung von 170 Millionen an den ehemaligen Kaiser unterbreitet, vollkommen unwahr ist.

Wie die „P. P. N.“ dazu an zuständiger Stelle erfahren, ist diese Meldung in allen Einzelheiten sachlich unzutreffend. In der fraglichen Kabinettssitzung hat keinerlei Vorlage über eine Entschädigung des Kaisers zur Beratung gestanden. Es ist lediglich bei Besprechungen über den Stand des Kronvermögens darauf hingewiesen worden, daß dieses annähernd die Höhe von 195 Millionen Mark erreicht. Da eine konkrete Vorlage dem Kabinett gar nicht unterbreitet worden ist, können also auch die Minister einer solchen ihre Zustimmung nicht erteilt haben. Wie nochmals betont wird, ist bisher kein, wie immer gearteter, Beschluß über eine Abfindung des ehemaligen Kaisers gefaßt worden. Damit fallen alle von der „Freiheit“ an ihre Meldung geknüpften Folgerungen in sich zusammen. Die Meldung selbst kennzeichnet sich als eine der üblichen von den Unabhängigen zur Stimmungsmache gegen die Regierung bestimmten Zweckmeldungen.

Beginnende Einsicht.

Der Versuch, dem Betriebsrätegesetz und der Wahlordnung des Zentralrats durch Bildung von kommunistischen Räteorganisationen vorzugreifen, wird von der Bremer Arbeiterschaft, die bekanntlich zum großen Teil auf radikalem Standpunkt steht, geschlossen abgelehnt. In der letzten Versammlung der Betriebsräte wurde die Bildung eines Zentralrats gegen wenige Stimmen verschoben, bis das neue Gesetz in Kraft getreten und die Neuwahlen danach erfolgt sind. Aus den Kreisen der unabhängigen Betriebsräte heraus wurde bedauert, daß die Mehrheitssozialisten an dem gegenwärtig bestehenden provisorischen Vorstand der Bremer Betriebsräte nicht beteiligt seien. Die Mehrheitssozialisten erklärten sich zur Mitarbeit bereit, worauf ihre Kandidaten in den provisorischen Vorstand zugewählt wurden.

180 000 italienische Arbeiter ausgesperrt. Wie „Temps“ aus Barcelona berichtet, wurden durch eine von den Unternehmern angeordnete Sperre 180 000 Arbeiter brotlos. Die Lage verschärft sich auch in anderen Städten. Die Regierung trifft Vorkehrungsmaßnahmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190821-16/fragment/page=0001

Die Kohlenfrage in der Nationalversammlung.

Von Heinr. Löffler, M. d. R.

Deutschlands ungeförderter, noch im tiefen Erdschoß ruhender Kohlenreichtum ist groß. Bis zu einer Schachttiefe von 1200 Metern betragen unsere absolut sicheren Steinkohlenvorräte 57 Milliarden Tonnen. Die darüber hinaus noch vorhandenen wahrscheinlichen Vorräte werden auf weitere 137 Milliarden Tonnen berechnet. Von letzter Zahl entfällt leider auf das gefährdete Oberschlesien der größere Teil. Deutschlands Braunkohlenvorräte aber stehen mit 9314 Milliarden fest. Von diesem Kohlenreichtum kann, selbst wenn die frühere Friedensförderung zu Grunde gelegt wird, noch viele Jahrhunderte gezehrt werden. Niemand konnte dieserhalb ahnen, daß wir einstens eine Kohlennot erdulden müßten. Auch die ersten und besten Fachleute konnten ihre jetzige Schärfe nicht voraussehen.

Unsere Kohlennot ist nach vorstehenden Feststellungen nicht eine Folge des Mangels an Kohlenlagern, wie in Italien, der Schweiz und anderen Ländern, sondern ist auf die verminderte Produktion zurückzuführen. Die Jahresförderung an Steinkohle betrug 1913 in Deutschland 190 109 440 Tonnen, und aus England wurden noch 11 927 840 Tonnen eingeführt. Ausgeführt wurden 44 961 217 Tonnen, so daß zum Verbrauch 156 472 561 Tonnen in Deutschland verblieben.

Die Braunkohlenförderung betrug 87 233 084 Tonnen im Jahre 1913. Eingeführt wurden 1913, in der Hauptsache aus Böhmen, 7 186 657 Tonnen. Dieser Produktion bzw. Einfuhr stand eine Braunkohlenausfuhr von nur 1 954 841 Tonnen gegenüber, so daß zum Verbrauch in Deutschland 92 464 900 Tonnen verblieben.

In den nachgekommenen Kriegsjahren ist diese Produktionserhöhung nicht wieder erreicht worden. Sie ging infolge Einberufungen der kräftigsten Arbeiter zum Kriegsdienst und schlechterer Ernährung sich fortsetzend zurück. Nur 1917 wurde infolge letzter und höchster Kraftanspannung und unter Außerachtlassung von Aus- und Vorrichtungsarbeiten fast die Höhe der Friedensproduktion erreicht, nämlich 340 000 Tonnen arbeitstäglich gegen 380 000 Tonnen im Jahre 1913. Die letzten arbeitstäglichen Produktionsziffern beziehen sich nur auf das Ruhrrevier. Jetzt beträgt dort die arbeitstägliche Förderung 220 000 bis 240 000 Tonnen. Sie ist mehr als um ein Drittel gesunken. Noch schärfer ist der Produktionsrückgang in Oberschlesien. Verschuldet ist dieser Leistungsrückgang durch Verkürzung der Arbeitszeit, jahrelange Unterernährung und durch die allgemeine Gemütsverfassung als Nachfolge des Zusammenbruchs. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn es nicht gelingt, die Braun- und Steinkohlenförderung zu heben, Deutschland einer entsetzlichen Katastrophe entgegengeht. Nicht nur der wirtschaftliche Zusammenbruch unseres Landes wird kommen, sondern auch jede einzelne Familie unseres armen Volkes wird entsetzlich im Winter frieren und vielfach ohne warmes Essen sein müssen, wenn es nicht gelingt die Kohlenproduktion zu heben. Die Nationalversammlung ist sich der schweren Folgen bewußt, die kommen müssen. Das bewies die Verhandlung über die Kohleninterpellation, wobei Genosse Hue als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion eine von großer Sachkenntnis getragene Rede hielt, in der er Wege zeigte, um den Mangel zu lindern. Eine von Vertretern der Sozialdemokratie, der Demokraten und des Zentrums gemeinschaftlich eingebrachte Entschließung wurde als Extrakt der Beratung angenommen. Es ist darin einleitend gesagt, daß alle Beteiligten ihre Kräfte für eine gründliche Verbesserung der Kohlenversorgung einsetzen müssen. Als Mittel zur Hebung der Kohlenversorgung werden in der Entschließung u. a. genannt: Erhöhung der Bergarbeiterlöhne. Der Bergmann soll durch eine Lohnaufbesserung wieder mit seinem Einkommen über die sonstige Arbeiterschaft gehoben werden, wie das früher war — leider jetzt nicht mehr — und es sein schwerer Beruf erfordert. Weil der Bergmann mit seinem Einkommen und der Dauer der Arbeitszeit nicht mehr besser gestellt ist, als die sonstige Arbeiterschaft, kehrten im Ruhrrevier in den letzten Monaten 17 000 Bergleute ab. Dem muß Einhalt getan werden, wenn die Kohlenproduktion gesteigert werden soll. Es sollen, so sagt die Entschließung weiter, die in anderen Industrien beschäftigten Bergbauunteiger und sonst geeignete Arbeitslose zur Bergarbeit herangezogen werden. Ferner wird der Abschluß von Tarifverträgen für Arbeiter und Angestellte gefordert. Die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse bzw. Betriebsräte sollen vorurteilslos zur Mithilfe herangezogen und die Bergarbeiter, die an besonders starker Unterernährung leiden, sollen besser mit fetthaltiger Nahrung, Berufskleidung und Schutzzeug versehen werden. Eine Erhöhung der knappschaftlichen Krankengelder, Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten auf einen Betrag, der den Teuerungsverhältnissen besser entspricht, als die jetzigen Bezüge, wird verlangt. Auch eine regelmäßige Herstellung von Eisenbahnwagen wird neben der Verbesserung der technischen Betriebseinrichtungen gefordert. Zum Schluß wird die Durchführung von gesetzlichen Maßnahmen, welche die Kohlengewinnung im Sinne des Sozialisierungsgesetzes nach gemeinwirtschaftlichen Maßnahmen regeln, gefordert.

Diese Entschließung wurde von allen Parteien, mit Ausnahme der unabhängigen Sozialdemokratie, angenommen. Die Regierung hat durch die Darlegungen des Reichswirtschaftsministers, Genossen Schmidt, bekunden lassen, daß sie den Bergleuten weitgehendste Hilfe entgegenbringt. Zur Verwirklichung der in der Entschließung genannten Aufgaben ist keine Stunde Arbeitseinstellung notwendig. Regierung und Volksvertretung sind für die Bergleute. Das verpflichtet wiederum diese, ihre ganze Kraft in den Dienst des Volkes zu stellen. Dann kann die drohende Gefahr zwar nicht ganz abgewandt, aber sehr gemildert werden.

Die alliierte deutsch-russische Gegenrevolution.

[illegible] und gehen in aller Stille Dinge von [illegible] geschichtlicher Tragweite vor sich. Die [illegible]äre arbeiten großzügig und sie arbeiten [illegible]östlichen Orientierung. Allein werden [illegible]erfung der Revolution in Deutschland auch mit einer mißbräuchlichen Verwendung der Reichswehrtruppen nicht schaffen, deshalb haben sie ihren Scharfsinn auf einen anderen Plan konzentriert: Erst in Rußland den Bolschewismus niederwerfen, um dann mit dem dazu benutzten Instrument dem deutschen Sozialismus, der deutschen Demokratie, die Kehle zuzudrücken. Alle optimistischen Schwarmgeister innerhalb des Sozialismus, die da glauben, die Gegenrevolution denke nicht an solche Pläne, oder sei in Wirklichkeit zu schwach dazu, werden ein böses Erwachen erleben, wenn sie die nachfolgenden Enthüllungen des „Vorwärts" gelesen haben. Unserem Zentralorgan sind nämlich außerordentliche sensationelle Mitteilungen über die Anwerbung deutscher Staatsangehöriger für die russische Gegenrevolutionsarmee zugegangen. Ein Parteigenosse hatte sich auf Grund einer Ermächtigung beim Aerzteverband gemeldet und erhielt nun Mitteilungen, denen folgendes zu entnehmen ist:

„Stabsarzt Dr. Scheffer, Leiter der Vorbereitungsstelle für Feldsanitätsformationen, sucht mehrere junge Aerzte. Es können sich auch Zivilärzte melden, die dem mobilen Feldleben im Innern Rußlands gewachsen sind. Der Zweck ist folgender: Unter Einreihung in die neu zu schaffende russische Staatsordnung mit Erteilung des entsprechenden neuen Staatsangehörigkeitsausweises rücken deutsche Freiwillige zusammen mit Balten und Russen gegen den Bolschewismus zu raschem Niederwerfen vor. Koltschak, Regentenpartei. Mit dieser Nachricht wird die Prämie fällig. Außerdem wird der neugegründete Ordnungsstaat einem jeden Teilnehmer Aufnahme in Zivilstellen, Siedlung usw. gewähren. Exzellenz v. d. Goltz sowie zahlreiche deutsche Führer nehmen daran teil. Anstellungsbedingung: 20 bis 30 Mark täglich bei freier Verpflegung. Außerdem wird bei Eintritt vor dem 1. September und Dienstleistung bis zur Erreichung des Endzieles eine Prämie von 5000 Mark gewährt."

Der „Vorwärts" bemerkt dazu: Es gibt kein Wort, das scharf genug ist, derartige Ungeheuerlichkeiten zu kennzeichnen. Mitten im Deutschen Reich finden Anwerbungen statt, die dazu dienen sollen, die zurzeit rechtmäßige russische Regierung zu stürzen. Zwei Namen scheinen besonders geeignet, um das ganze Unternehmen im rechten Licht erscheinen zu lassen: Koltschak und v. d. Goltz. Beides Hintermänner der Gegenrevolution, die, falls ihnen der Staatsstreich in Rußland gelingen sollte, den deutschen Reaktionären ihren Dank für die geleistete Hilfe abstatten würden, indem sie die russischen Heere gegen Deutschland marschieren lassen und uns wieder zu unserem ruhmreichen Hohenzollern verhelfen würden. Die Regierung sollte alle Hebel in Bewegung setzen, um diese nicht nur politisch unerhörten, sondern auch strafrechtlich unzulässigen Machenschaften schon im Keim zu ersticken.

Erzberger klagt gegen Helfferich.

WTB. Weimar, 20. August. Auf Antrag des Reichsministers der Finanzen ist das Reichsministerium der Justiz bereits am 16. August mit der Prüfung der Unterlagen eines gegen den früheren Staatssekretär Dr. Helfferich einzuleitenden Strafverfahrens wegen Beleidigung des Reichsfinanzministers beauftragt worden.

Der frühere Reichschatzsekretär und Vizekanzler Helfferich fordert in einem offenen Schreiben an den Reichspräsidenten, daß Erzberger gegen ihn Klage erheben soll, damit er ihm vor Gericht durch Zeugen nachweise, daß er nicht sauber sei. Ob auf Grund der Helfferichschen Vorwürfe eine Klage möglich ist, vermögen wir im Augenblick nicht zu übersehen. Es gehört bekanntlich keine Kunst dazu, selbst sehr schwache und ehrenrührige Vorwürfe in eine Form zu kleiden, die gerichtlich nicht zu fassen ist. Immerhin dürften die Beleidigungen Helfferichs dazu ausreichen, daß eine Anklage zustande gebracht werden kann, und wenn dann auch Helfferich wegen Wahrung berechtigter Interessen oder aus einem anderen Formgrunde freigesprochen wird, so wäre doch durch die Beweiserhebung das Ziel der Klarstellung erreicht. Unter diesen Umständen glauben wir, daß Helfferich seine Sehnsucht gestillt erhalten sollte, vor dem Strafrichter zu stehen, vor dem er ja aus vielen anderen Gründen auch gehört.

Nur einen Vorbehalt heben wir zu machen: Erzberger ist jetzt gerade mit Feuereifer dabei, die neuen Steuern fertig zu machen. Bis zum Ende dieses Jahres wird die Arbeit geleistet sein. So lange wird sich Herr Helfferich gedulden müssen. Es bleibt dann bis zur neuen Wahl noch Zeit genug, um festzustellen, ob gegen die persönliche Integrität Erzbergers Material vorliegt oder nicht. Gegenwärtig verlangt ein zwingendes Muß, daß die Verabschiedung der neuen Steuern, die schon durch den zweimaligen Wechsel im Reichsfinanzministerium verzögert wurde, nicht weiter aufgehalten wird.

Dieser Vorbehalt scheint uns schon deswegen notwendig, weil wir uns sehr lebhaft entsinnen, daß die französische Bourgeoisie die Caillauxsche Einkommensteuer dadurch zu Fall brachte, daß sie Caillaux selbst mit wütenden Vorwürfen überhäufte, bis seine Frau einen der Verleumder niederschoß und Caillaux dadurch als Minister unmöglich wurde. Wir haben nicht Lust, den Besitzenden in Deutschland zu erlauben, daß sie auf die gleiche Weise ihnen unbequeme Steuern aus der Welt schaffen. Im übrigen sind wir aber selbstverständlich unbedingt für volle Sauberkeit des öffentlichen Lebens und restlose Aufklärung über etwaige Zweifel, die in dieser Hinsicht auftauchen. Wir sind auch überzeugt, daß Erzberger selbst das Bedürfnis fühlen wird, seine Angreifer zur vollen Aufdeckung ihrer Taten zu zwingen.

Einstellung des Sonntagsverkehrs süddeutscher Eisenbahnen.

WTB. Frankfurt a. M., 20. Aug. Die „Frankf. Ztg." meldet aus Karlsruhe: In der Plenarversammlung des Direktoriums des Verbandes südwestdeutscher Industrieller teilte der Generaldirektor der badischen Staatseisenbahnen mit, daß zwischen Baden, Württemberg, Bayern und anderen Verwaltungen augenblicklich Verhandlungen über eine vollständige Einstellung des Sonntagsverkehrs wegen außerordentlicher Kohlenknappheit schweben. Schnell- und Personenzüge sollen ohne jede Ausnahme eingestellt werden und nur noch Milch- und Lebensmittelzüge fahren. Baden erspare dadurch monatlich gegen 3000 Tonnen Kohle. Zu den bevorstehenden Tariferhöhungen erklärte der Generaldirektor, daß Baden höchstens Erhöhungen bis zu 70 Prozent zustimmen könne.

Antisemitische Hetze in Lübeck.

Den „P. P. R." wird aus Lübeck gemeldet: In Lübeck streiken die Holzarbeiter. Eine antisemitische Hetze hat dort eingesetzt, Schüler der höheren Lehranstalten haben antisemitische Plakate in der Stadt angeklebt. Die Direktoren der höheren Schulen sind gegen den Uebelstand eingeschritten.

Gegen die vorzeitige Auflösung der Arbeiterräte.

Die Landesversammlung der badischen Arbeiter- und Soldatenräte nahm nach stürmischer Aussprache eine Entschließung an, in welcher gegen die Auflösung der Arbeiterräte protestiert wurde. Ihre Auflösung habe erst stattzufinden, nachdem Betriebsräte eingeführt und Volkssekretariate geschaffen worden sind. Ein von der radikalen Minderheit der Landeszentrale der Arbeiterräte ausgesprochenes Mißtrauensvotum wurde von der Mehrheit abgelehnt.

Einigung mit den Arbeitslosen in Köln.

Das Ergebnis der nahezu vierstündigen Verhandlungen der Stadtverwaltung mit der Arbeitslosenkommission in Köln ist folgendes:

1. Die Stadtverwaltung ist wegen entgegenstehenden Verordnungen der Reichsregierung nicht berechtigt, die Sätze der Arbeitslosenunterstützung aus sich zu erhöhen. Sie soll jedoch Zuschüsse in anderer Form gewähren.

2. Die Forderungen betreffend Abgabe von Winterkleidung aus der Alt-Leihstelle, Gewährung von Vorschüssen zur Beschaffung von Winterbrand fanden die Zustimmung der Verwaltung.

3. Ueber die Forderung einer einmaligen Teuerungszulage soll die Finanzkommission am Dienstag beraten, während die endgültige Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung zusteht.

Die „unabhängige" Rheinrepublik.

Zahlreiche bürgerliche Blätter bringen folgende Nachricht:

Der neugegründete „Rheinlandbund" fordert zur sofortigen Errichtung eines nach West und Ost unabhängigen Volksstaates im Föderativverbande mit den in Bildung begriffenen oberrheinischen Republiken auf. Vorsitzender ist der unabhängige Sozialdemokrat Joseph Smeets. Der Bund setzt sich aus Mitgliedern aller Parteien zusammen. Ueberwiegend dürften wohl die radikalen Arbeitermassen und Bauern vertreten sein.

Wir gehen wohl nicht in der Annahme fehl, behauptet der „Vorwärts" dazu, daß es sich bei diesem „Rheinlandbund" um das Gebilde handelt, das aus den von uns gemeldeten Verhandlungen zwischen Zentrum und U. S. P. entsprossen ist. Als wir zuerst über dieses neueste hochverräterische Bündnis berichteten, warnte die „Freiheit" vor unserer „Glaubwürdigkeit"; was wird sie nun sagen?

Die Verstaatlichung der Ilseder Hütte.

Im „Berliner Tageblatt" veröffentlicht der frühere Reichsfinanzminister Dernburg einen langen Aufsatz über den Gesetzentwurf der Regierung, der die Ilseder Hütte, das einzige große Erzbergwerk des verkleinerten Deutschland, sozialisieren will. Er sagt nicht nein, er sagt nicht ja, er hebt nur tausende Bedenken und Zweifel hervor und beruft sich auf den und jenen, der es anders gehabt haben möchte. Aber schließlich kommt er doch zu dem Gegenstand, dessentwegen der ganze Artikel geschrieben ist. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß die Entschädigung der Aktionäre nicht über eine bestimmte Höchstgrenze hinausgehen darf, die übrigens reichlich hoch angesetzt ist. Dagegen empört sich das demokratische „Gerechtigkeitsgefühl". Obwohl die Aktionäre gerade dieses Werkes auf Kosten der Allgemeinheit ungeheure Profite geschluckt haben, soll doch unter allen Umständen der volle Wert des Unternehmens im kapitalistischen Sinne entschädigt werden. Vielleicht kommen dann die Schiedsrichter dazu, eine Entschädigung auch für den entgangenen Gewinn festzusetzen. Wir glauben im Gegenteil, daß ohne diese Höchstgrenze der ganze Gesetzentwurf für Sozialdemokraten unannehmbar würde. Wir sind in der Entschädigung weit gegangen, und das ist vernünftig, wenn man nicht die ganze Industrie mit einem Schlage, sondern nur einzelne Werke oder Betriebszweige in den Besitz der Allgemeinheit überführt. Aber eine Grenze muß sein; sonst haben es nachher die Anhänger des Privatkapitals gar zu leicht, zu beweisen, daß der Staatsbetrieb ein schlechtes Geschäft ist. Das Eintreten der Demokraten für das ungeschmälerte Kapitalsrecht verstärkt bei uns außerordentlich den Zweifel, ob ihr Wiedereintritt in die Regierung ein Gewinn für diese wäre.

Sie ohrfeigen sich selbst.

Im „Volksblatt" zog vor einiger Zeit in einem Artikel der ehemalige Reichsernährungsminister, der unabhängige Abgeordnete Wurm, gegen den „Mißgriff" zu Felde, den das Reichsernährungsministerium mit der Freigabe des Frühobstes und Frühgemüses gemacht habe. Es liegt nun eine Verordnung vom 14. Januar 1919 vor, in der die Zentralisation der Einfuhr für frisches Gemüse und Obst zunächst für die Zeit vom 1. April bis 1. September 1919 aufgehoben wird. Das bedeutet: die an die Grenze gelangenden Sendungen dieser Waren sollen nicht mehr dem Angebotszwang und dem Beschlagnahmerecht der Reichsstelle für Obst und Gemüse unterliegen. Da Herr Wurm erst am 13. Februar aus dem Reichsernährungsministerium ausgeschieden ist, stammt diese Verordnung von ihm selbst. In logischer Folge wurde dann zwischen dem damaligen Staatssekretär Wurm und dem Vorsitzenden der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Oberregierungsrat von Tilly, vereinbart, daß in diesem Jahre Frühgemüse und Frühobst dem Ablieferungszwang nicht unterworfen werden soll.

So ist denn also Herr Wurm derjenige, welcher — nach seinen eigenen Worten — die „wucherischen Preissteigerungen verschuldet hat".

Der gedächtnisschwache Herr hat sich also mit seiner Kritik selbst geohrfeigt.

Das Drängen nach Frieden.

Berlin, 20. August. Nach Meldungen des „Secolo" und des „Corriere della Sera" beantragte Tittoni, daß die Friedenskonferenz den Friedensschluß mit Oesterreich beschleunigen möge. Alle Völker verlangten den endgültigen Abschluß der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190821-16/fragment/page=0002

friedensvertrag. Wenn die Friedenskonferenz vor der Geschichte bestehen wolle, dann müsse sie vor den Ferien mindestens mit Oesterreich unterzeichnen, die Adriafrage geregelt und die Verträge für Bulgarien und die Türkei überreicht haben. Infolge der Abwesenheit Clemenceaus hat die Konferenz zu dem Vorschlage Tittonis noch keine Stellung genommen.

Rücktransport der Engländer aus dem Rheinland.

Berlin, 21. August. Außer Churchill weilen auch Lloyd George und Asquith in Köln. Die „Voss. Ztg.“, welche diese Meldung bringt, will weiter berichten können, es verlautet bestimmt, daß innerhalb sechs Wochen die englische Besatzung in Köln durch eine französische abgelöst werden soll.

Deutsch-amerikanischer Zusammenstoß in Danzig.

Danzig, 20. August. Zwischen deutschen und amerikanischen Matrosen kam es gestern in Neufahrwasser zu Zusammenstößen. Bereits am Montag kam es in einem Tanzlokal zu Streitigkeiten. Als nun am Dienstag Urlauber des kleinen Kreuzers „Frankfurt“ am Zerstörer „Hale“ vorbeikamen, stießen sie mit Matrosen vom „Hale“ zusammen, wobei einer der deutschen Matrosen schwer verletzt wurde. Die deutschen Matrosen nahmen eine drohende Haltung an, worauf amerikanische Matrosen im Verein mit französischen Matrosen auf die Menge einstürmte. Von französischen Torpedoboot „Glaimore“ wurde ein Schuß abgefeuert, wodurch vier Personen verwundet wurden. Der in Neufahrwasser stationierte Grenzschutz säuberte die Umgebung des Hafenkanals, worauf auch die Amerikaner und Franzosen abzogen.

Deutsch-Westungarns Anschluß an Deutsch-Österreich gesichert.

Aus Wien wird gemeldet: Der Anschluß Deutsch-Westungarns an Deutsch-Oesterreich kann trotz des Widerstandes der derzeitigen ungarischen Regierung, wie die Telegraphen-Union erfährt, als durchaus gesichert gelten. Nach dem Vorfriedensvertrag vom 20. Juli steht es heute schon unzweifelhaft fest, daß die drei Komitate Wieselburg, Oedenburg und Eisenburg unbedingt zu Deutsch-Oesterreich kommen und daß die Volksabstimmung in diesen drei Komitaten unter neutraler Kontrolle erfolgen wird, daß also keinesfalls magyarisches Militär diese Volksabstimmung zu leiten habe.

Revolutionäre Kundgebungen in Bulgarien.

WTB. **Amsterdam**, 20. August. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Budapest haben in Sofia blutige Gefechte zwischen den radikalen Elementen und den Truppen stattgefunden. Vor dem königlichen Palast wurden Kundgebungen veranstaltet. Es wurde der Rücktritt des Königs Boris und die Ausrufung der Republik gefordert. Die Truppen trieben die Menge auseinander.

Der englische Krieg gegen die Bolschewisten.

Helsingfors, 18. August. Es wird gemeldet, daß in einer Seeschlacht zwischen der britischen und der bolschewistischen Flotte im Golf von Finnland die Schlachtschiffe „Andrey Perwosvanny“ und „Petropawlowsk“, sowie ein Transport- und ein Wachtschiff gesunken sind. Die britischen Verluste betragen drei Motorboote, acht Offiziere und drei Mann.

Amsterdam, 20. August. Laut Pressebüro „Radio“ melden die „Times“, daß die Truppen Denekins ihren Vormarsch fortsetzen und jetzt ungefähr halbwegs zwischen Kiew und Poltava stehen.

Belgische Kohlen für Italien. Nach Meldungen aus Brüssel wird als Ergebnis der Reise des italienischen Ministers des Aeußern Tittoni nach Brüssel Belgien von jetzt ab Italien monatlich 50 000 Tonnen Kohle liefern.

Portugals Beziehungen zu Deutschland. Die Friedenskonferenz hat nach einer Meldung der Pariser Ausgabe des „Daily Mail“ Portugal gestattet, wieder geschäftliche Verbindungen mit Deutschland anzuknüpfen.

Die ‚Nationalen‘ provozieren weiter.

Die Mittwoch-Sitzung der Deutschen Nationalversammlung war bis zur Mittagspause der Erledigung der Erbschaftssteuer gewidmet. Diese Sitzung darf das deutsche Volk niemals vergessen, und wenn je eine konterrevolutionäre Welle den Fels der Republik in Gefahr bringen sollte, wenn die Sendlinge des Monarchismus ihr Locklied in allen Gassen anstimmen sollten, dann möge die Erinnerung an den 20. August 1919, an jenem Tage, an dem die rechten Parteien ihren „Patriotismus“ in der wahren Gestalt enthüllt haben, ihnen aus dem Volke entgegenschallen. Diese Enthüllung wiegt alle Erzbergerschen auf! — Die Erbschaftssteuer hat von jeher in der deutschen Parlamentsgeschichte eine große Rolle gespielt; ihretwegen mußte Bülow im Jahre 1909 — zehn Jahre also sind es knapp — aus der Reichskanzlei scheiden, die er doch so liebte. Aber die Konservativen waren damals noch Trumpf. Sie zogen die Stirne kraus, und Bülow flog. Heute, zehn Jahre später, ziehen die Herren von der Deutschnationalen und von der Deutschen Volkspartei — was das Volk nur in ihrem Namen zu suchen hat? — die Stirne gewaltig kraus, noch krauser, am krausesten, denn es ist ja nicht nur die Erbschaftssteuer allein, die ihnen schwer im Magen liegt. Ihre Mißstimmung erhält erst die richtige Würze dadurch, daß Erzberger dahinter steckt, der dreimal von ihnen Verfluchte. Hinzugekommen ist dann auch noch, daß Helfferichs sehnlichster Wunsch nach der Anklagebank in Erfüllung gehen soll! — Graf Posadowsky gab, die Verhandlungen einleitend, für die Deutschnationalen die Erklärung ab, daß seine Fraktion die Erledigung der Vorlage mit allen Mitteln verhindern werde, wenn die im ursprünglichen Tarife der Vorlage vom Ausschuß vorgenommenen Erhöhungen angenommen würden. Nun, das Haus ließ sich nicht bange machen und nahm die Erbschaftssteuer mit den der Rechten so unangenehmen hohen Sätzen bei den großen Erbschaften an; auch die Paragraphen, die das Gatten- und Kindererbe besteuern, wurden angenommen. Der Unabhängige Wurm mußte sich schweren Herzens offenbar dazu bequemen, daß die Vorlage ein erster Schritt auf dem Wege zur grundsätzlichen Sozialisierung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sei.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 20. August. 84. Sitzung. Am Regierungstisch: Erzberger, Dr. David und Müller.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten. Abg. Robert Haack (Soz.) hat sein Mandat für den 28. Wahlkreis (Sachsen) niedergelegt.

Als erster Punkt der Tagesordnung liegt die

zweite Beratung des Erbschafts-Steuergesetzes vor.

Abg. Dr. Graf von Posadowsky (Nn.): Der Ausschußbericht ist uns erst heute morgen zugegangen. Wir könnten uns mit der Erledigung des Gesetzes nur einverstanden erklären, falls die vom Ausschuß vorgeschlagenen Aenderungen nicht angenommen werden. Geschieht das doch, dann werden wir die Weiterberatung dieses Gesetzes mit den geschäftsordnungsmäßigen, zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern wissen. (Beifall rechts, große Unruhe links.)

Abg. Keil (Soz.): Geändert ist die Vorlage wesentlich nur hinsichtlich des Tarifs. (Zuruf rechts: Das ist aber doch die Hauptsache!, Rufe links: Hört, hört!) Diese Aenderungen sind dem Grafen Posadowsky und seinen Freunden aber nicht erst heute morgen bekannt geworden, denn gleichzeitig mit der Vorlage sind nun auch die Abänderungsanträge der Deutschnationalen zugegangen. (Beifall links.)

Das Haus tritt in die Beratung der Vorlage ein.

Abg. Dr. Becker-Hessen (D. Vpt.) erstattete den Ausschußbericht.

Abg. Keil (Soz.): Das Gesetz fordert nicht bloß Milliarden, es bedeutet auch eine

Revision der ganzen Wirtschaftsordnung,

indem es die Frage aufwirft, ob die Anhäufung von Vermögen in verhältnismäßig wenigen Händen durch Vererbung beibehalten werden soll. Die Finanzlage des Reiches ließ die Frage verneinen. Die Steuervorlage ist nicht befriedigend, und wir hätten gern gesehen, was auf die weitere Entwicklung der Erbsteuerung in die Vorlage hineingearbeitet worden wäre. Die Erbschaftssteuer ist die eigentliche große dauernde Besitzsteuer, die wir haben und deshab ausgebaut werden muß. Hinsichtlich des Pflichtteils und des Erbrechts des Reiches erreicht die Vorlage nicht einmal das, was die Regierung im Jahre 1908 und 1913 verlangt hat. Die wichtigste Aufgabe ist, die menschlichen Arbeitskräfte gegenüber Belastung mit Verbrauchssteuern zu schützen. In der Hinsicht werden wir bis an die äußerste Grenze des Möglichen gehen. Nur die dauernde Besitzsteuer kann

dem Elend in den Tiefen der Gesellschaft steuern.

Wir nehmen sie heute als Abschlagszahlung an. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Raschig (Dem.): Wir haben dieses Gesetz mit Freuden begrüßt, es kommt einem alten Wunsche unserer Partei entgegen. Eine Verschärfung der Nachlaßsteuer lehnen wir ab. Wir wünschen lediglich die Erledigung des Gesetzes noch im Rahmen dieser Tagung, denn jeder Tag später kostet dem Reiche über zwei Millionen.

Abg. Hampe (Dn.): Auch wir sind zu jedem Opfer bereit. Leider hat die Regierung ihre eigene Vorlage zu Gunsten einer Verschärfung fallen gelassen, die die Mehrheitsparteien im Ausschuß durchgesetzt haben und die die die Grenze der Leistungsfähigkeit und Lebensfähigkeit des Volkes in geradezu verhängnisvoller Weise überschreitet. Wir werden mit wenigen Ausnahmen gegen das ganze Gesetz stimmen, wenn der Ausschußvorschlag angenommen wird.

Abg. Marettzky (D. Vpt.): Wir haben von vornherein der Regierungsvorlage zugestimmt und wir haben auch im Ausschuß freudig an ihrer Ausgestaltung mitgearbeitet, aber gegen die Verschärfung, wie sie in der zweiten Lesung des Ausschusses beschlossen worden ist, erheben wir die lebhaftesten Bedenken.

Abg. Wurm (U. S.): Die Erbschaftssteuer geht unserer Meinung nach noch lange nicht weit genug. Unannehmbar ist für uns die Bevorzugung des ländlichen Grundbesitzes, die darin liegt, daß seiner Besteuerung statt des Kaufwertes der Ertragswert zugrunde gelegt werden soll. Wir sind der Meinung, daß diese Vorlage nur der erste Schritt zu einer grundsätzlichen Sozialisierung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist. (Beifall bei den unabh. Soz.)

Damit schließt die Besprechung.

Zu Paragraph 25, der die Steuersätze enthält, liegen Anträge der beiden Parteien der Rechten auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage vor.

Nach kurzer Debatte werden die Anträge abgelehnt und die Steuersätze in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Nach weiterer Debatte wird in der

Gesamtabstimmung

das Erbschaftssteuergesetz gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und des überwiegenden Teiles der Deutschnationalen in dritter Lesung angenommen.

Nachmittagssitzung.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um ¾4 Uhr. Am Ministertische Müller, Erzberger.

Die Gesetze betreffend der Anleihekredit für 1919, die Ausführung des Friedensvertrages und die Enteignung und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages werden in zweiter Beratung miteinander verbunden.

Abg. Kenngott (Soz.): Im Interesse der Fortführung der Geschäfte des Reiches werden wir die Kredite bewilligen. Wir erwarten aber Sparsamkeit.

Abg. Dr. Hugenberg (D. Vpt.): Der Finanzminister hat bei den großen Steuervorlagen eine ausführliche und eingehende Denkschrift über die Finanzlage des Reiches zugesagt. Was er uns gegeben hat, ist dürftig und unwesentlich. Wer gewohnt ist, gründlich zu arbeiten, dem ist es zuwider, und gegen das Gefühl, auf solchen Unterlagen über die Dinge zu sprechen. Wir werden nur acht Milliarden bewilligen, weil wir anerkennen, daß die Finanzverhältnisse eine Auffüllung der Regierungsfords verlangen. Die Entschädigung der Reeder und Auslandsdeutschen begrüßen wir mit Befriedigung. Dagegen wünschen wir nicht, daß die neuen Schiffe auf reichseigenen Werken gebaut werden. Mit der

Streichung einer Milliarde

wollen wir bezeugen, daß wir zu dem augenblicklichen Finanzminister kein Vertrauen haben. Es war kein glücklicher Griff, den jetzigen Finanzminister in seine Stellung zu bringen. (Lachen links.) Vom Standpunkte des Landes aber haben wir die schwere Sorge, daß Erzberger, der uns den Krieg verlieren half, unseren Wiederaufbau verdarb, durch seine Finanzpolitik noch die Wirtschaft des Volkes zugrunde richten wird. (Sehr richtig! rechts; Unruhe links.) Dieselbe Leichtigkeit der Auffassung zeigt sich bei dem Problem der Prämienanleihe. Die Frage einer niedriger verzinslichen Zwangsanleihe hätte wohl gründliche Erörterung verdient. Prämienanleihen begünstigen die Spielsucht viel mehr, als die harmlosen Klassenlotterien, der Sie das so oft vorgeworfen haben. Wir werden die Vorlage ablehnen. (Beifall rechts.) Die beiden Gesetze zur Ausführung des Friedensvertrages werden dem Volke klar machen, wie durch den Friedensvertrag unser Glück unser Wohlstand, unsere Selbstbestimmung und unsere Freiheit preisgegeben wird. (Beifall rechts, Widerspruch und Lärm links.)

Reichsfinanzminister Erzberger:

Herr Hugenberg erhebt den Vorwurf, es werde in der Nationalversammlung zu rasch gearbeitet. Deutschland kann nicht warten. Der Wiederaufbau muß unverzüglich in Angriff genommen werden, und wer der Regierung dabei in den Arm fällt, der treibt Deutschland vollständig in den Ruin hinein. Wir haben 140 000 Stück Vieh zu liefern und so viel an Maschinen, als seinerzeit auf Initiative des Herrn Hugenberg aus Belgien und Nordfrankreich weggeholt (Hört, hört!) oder zerstört worden sind. (Stürmischer Widerspruch rechts; Ruf links: Ruhe!) Was dann die Angriffe gegen meine Person betrifft, so wiederhole ich, was ich schon einmal gesagt habe: solange ich das

Vertrauen der Mehrheit

dieser Versammlung und meiner Fraktion habe, werde ich als Reichsfinanzminister an meinem Platze bleiben. (Beifall.) Aber wenn Sie (nach rechts) schon einmal persönlich den Kampf gegen mich führen wollen, dann wenigstens mit etwas mehr Wahrheit und Ehrlichkeit. (Lebhafter Beifall bei den Mehrheitsparteien; lärmender Widerspruch und Zurufe: Reden Sie doch nicht von Wahrheit!; stürmischer Widerspruch und Pfuirufe bei der Mehrheit; gegen erneute Zurufe der Deutschnationalen, die in dem tosenden Lärm auf der Tribüne nicht verständlich werden, wendet sich der Minister mit der Bemerkung: Ich verbitte mir diesen ungezogenen Zwischenruf. Minutenlange lärmende Unruhe.)

Solche Lärmszenen,

wie Sie sie aufführen, sind früher nicht möglich gewesen. (Stürmischer Beifall bei den Mehrheitsparteien; erneuter großer Lärm rechts; lebhafter Beifall links; auch die nachfolgenden Ausführungen des Finanzministers dringen gegenüber den unausgesetzten Zwischenrufen nicht immer durch.) Wenn man dem Antrag Hugenberg folgen würde, dann wäre es beispielsweise unmöglich, einen Antrag sämtlicher Parteien, also einschließlich der Deutschnationalen, auszuführen, nach dem den Hinterbliebenen von Kriegern eine einmalige außerordentliche Beihilfe gewährt werden soll. (Lebhaftes Hört, hört! links; anhaltender Lärm rechts.) Eine Zwangsanleihe würde von unabsehbaren wirtschaftlichen Folgen begleitet werden. Eine ganze Anzahl Bankdirektoren haben mir unaufgefordert die Prämienanleihe als den zurzeit gangbarsten Weg zur Minderung der schwebenden Schuld bezeichnet. Lassen Sie sich durch die parteiagitatorischen Ausführungen des Abgeordneten Hugenberg nicht beeinflussen. Nehmen Sie die Vorlage an, damit es uns für die nächsten drei Monate möglich ist, die dringendsten und notwendigsten Ausgaben finanziell zu rasten. (Lebhafter, sich wiederholender Beifall.)

Abg. Dr. Haas (Dem.): Der Haushaltsausschuß hat uns vorgeschlagen, den Reichsfinanzminister auch zur Ausgabe von Prämienanleihen zu ermächtigen, und im § 3 der Ausschußvorschläge soll er sogar das Recht erhalten, diese Anleihe mit steuerlichen Vorteilen auszustatten. Ich weiß nicht, wie weit inzwischen die Verhandlungen der beiden Mehrheitsparteien miteinander über diesen § 3 gediehen sind.

Bei der Ausführung des Gesetzes zur Erfüllung des Friedensvertrages wird der Reichstagsausschuß darauf zu achten haben, daß keine Günstlingswirtschaft getrieben wird, und daß der Geist der Bureaukratie nicht wieder die Oberhand gewinnt.

Abg. Wurm (U. S.): Die beiden Entwürfe, die den Friedensvertrag betreffen, nehmen wir an. Wir beugen uns der harten Notwendigkeit und bedauern nur, daß die große Machtvollkommenheit des Staates zur Enteignung kapitalistischen Eigentums im Interesse anderer kapitalistischer Staaten ausgeübt werden muß. Anders stehen wir zu dem Kreditanleihegesetz. An der Vorlage nach den Ausschußbeschlüssen ist besonders der Vorschlag der Prämienanleihewirtschaft das Widerlichste. Ein Staat in solcher Notlage, wie das Deutsche Reich, hat das Recht zur Zwangsanleihe zu greifen. Wir stimmen für die Entschließung, die der Ausschuß vorschlägt, die Reichsregierung zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß der Bau unserer Handelsflotte auf reichseigenen Werften und in Reichsregie vorgenommen wird. Einer Regierung, die unser Vertrauen nicht hat, die im Innern sich gegen uns im Kriegszustand befindet, können wir einen Anleihekredit nicht bewilligen. Statt in Oberschlesien mit den Leuten in vernünftiger Weise zu verhandeln, geht man mit Standrecht und Arbeitszwang gegen sie vor.

Ein Regierungskommissar: Der Friedensvertrag verlangt von uns die Lieferung von Tieren nur soweit, als solche Tiere von Deutschland beschlagnahmt oder zerstört worden sind. Wir haben aber nicht so viel Tiere zerstört als Deutschland besitzt. Für die Durchführung des Friedensvertrages hinsichtlich der Abrüstung sind alle notwendigen Vorbereitungen getroffen. Die Bestimmungen werden auch durchgeführt.

Reichswirtschaftsminister Schmidt:

In Oberschlesien

haben wir den Weg der Verständigung und Verhandlungen beschritten, obwohl die dortigen Vorgänge zweifellos nicht auf irgendwelche gewerkschaftliche Organisationstätigkeit oder gewerkschaftliche Forderungen zurückzuführen sind, sondern die Arbeiter bestimmten innerpolitischen Bestrebungen dienstbar gemacht wurden. Gewaltmittel werden wir nicht zum Bezähmen und ohne Not an, sondern wie in diesem Falle nur zur Abwehr gegen eine gewissenlos aufgehetzte Arbeiterschaft. Gegen Plünderung und Raub muß aber eine Regierung auftreten.

Abg. Dr. Riesser (D. Vpt.): Die Kreditvorlage nehmen wir an. Wir erwarten aber, daß der Finanzminister endlich einmal die Tabellen gibt, aus denen die Gesamtbelastung der einzelnen nach den verschiedenen Steuergesetzen zu ersehen ist.

Abg. Dr. Heim (b. k. Fr.): Die Frage der Prämienanleihe ist vorsichtig zu behandeln. Der Verwendungszweck ist die nötige Aufmerksamkeit nicht geschenkt worden.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Die Tabellen über den Stand der deutschen Vermögen sind der Nationalversammlung zugegangen. (Widerspruch rechts.) Die über die deutschen Einkommen werden sie bei Einbringung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190821-16/fragment/page=0003

der Einkommensteuer zusehen. Dann wird auch eine Tabelle über die Gesamtbelastung hergestellt. Die Kontrolle des Rechnungshofes ist bei Aufstellung des Etats selbstverständlich. Die Prämienanleihe werden wir so ausgestalten, daß sie der Kapitalbesteuerung dient.

Auf eine Bemerkung des Abg. **Heim** erklärt Reichsminister **Schmidt**: Ich gebe zu, daß die Ablieferung von Getreide augenblicklich noch eine sehr mäßig ist. Ich hoffe, daß die landwirtschaftlichen Kreise in Erkenntnis des Ernstes der Situation ihrer Lieferungspflicht genügen werden, und zwar ohne das Mittel der Einführung besonderer Frühdruschprämien, die eine Mehrbelastung von 200—220 Mark für jede Tonne zur Folge haben würde.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen. In der Einzelberatung werden hierauf die Paragraphen 1—3 des Gesetzentwurfes betreffend Anleihekredit angenommen. Zu § 3 wird ein Antrag Loebe (Soz.)-Burlage (Ztr.) angenommen, wonach Befreiungen von der Einkommensteuer oder Milderungen unzulässig sein sollen. Der Rest des Gesetzes wird unverändert angenommen, ebenso die vom Ausschuß vorgeschlagene Entschließung.

Hierauf wird das Gesetz auch noch in dritter Lesung **unverändert angenommen**, ebenso in zweiter und auch noch in dritter Lesung en bloc das Ausfuhrgesetz zum Friedensvertrag und das Enteignungsgesetz, letzteres mit einer vom Ausschuß vorgeschlagenen Entschließung, wonach bei den Beschlagnahmen und Enteignungen die schonungsbedürftigen Kriegsteilnehmer und die Hinterbliebenen von Kriegern besonders berücksichtigt werden sollen.

Abg. **Dr. Sinzheimer** (Soz.) erstattet Bericht über die

Einsetzung eines Untersuchungs-Ausschusses

von 28 Mitgliedern, der nach dem Antrag des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung auf Grund von Artikel 34 der Verfassung die Aufgabe haben soll, durch Erhebung aller Beweise festzustellen, welche Vorgänge zum Ausbruch des Krieges geführt, seine Verlängerung veranlaßt und seinen Verlust herbeigeführt haben, insbesondere, welche Möglichkeiten sich im Verlaufe des Krieges geboten haben, zu Friedensbesprechungen zu gelangen, und welche Möglichkeiten ohne die erforderliche Sorgfalt behandelt worden sind, ob im Verkehr der politischen Stellen der Reichsleitung unter sich, zwischen der politischen und militärischen Leitung und mit der Volksvertretung oder deren Vertrauensmännern Treu und Glauben gewahrt worden sind, ob in der militärischen und wirtschaftlichen Kriegführung Maßnahmen angeordnet oder geduldet worden sind, die Vorschriften des Völkerrechts verletzt haben oder über die militärische und wirtschaftliche Notwendigkeit hinaus grausam und hart waren.

Nach unerheblicher Debatte, an der sich auch Warmuth (Dn.) und Graf zu Dohna (D. Vpt.) beteiligen, erklärt

Abg. Dr. **Quidde** (Dem.), daß der Ausschuß dadurch rasche und gute Arbeit leistet, daß er das ganze Verfahren von der Aufgabe loslöst, gegen bestimmte Einzelpersonen ein Strafverfahren durchzuführen. Die Zahl 28 der Ausschußmitglieder sei gewählt worden, um auch den kleinen Parteien eine Vertretung zu sichern.

Der Antrag wird angenommen und der Ausschuß in der vorgeschriebenen Form gewählt.

Es folgt die Interpellation der Frau **Drahnsfeld** (Ztr.), wieweit die Regierung bei der landwirtschaftlichen Demobilmachung bereit ist, Frauen bei allen Fragen, die soziale Maßnahmen betreffen, mitwirken zu lassen.

Abg. Frau Dr. **Baum** begründet die Interpellation: Wir wünschen dringend, daß der Verbleib der Frauen in ihren Stellungen nicht abhängig gemacht wird von der Erwerbsbedürftigkeit. Möge die Regierung vor allen Dingen dafür sorgen, daß das Frauenreferat bei den Zentralstellen weiter ausgebaut wird. (Lebhafter allseitiger Beifall.)

Reichsarbeitsminister **Schlicke**: In das Arbeitsministerium werden fortan für die geeigneten Stellen Frauen berufen werden. Die Erwerbsbedürftigkeit wird zwar vorläufig noch beibehalten werden müssen, bei der Wiederkehr geordneter Verhältnisse aber fortfallen.

Es folgt die Entschließung aller Parteien, die mit Nachdruck die

Befreiung aller deutscher Kriegsgefangenen

fordert. Die Entschließung bringt die Empörung des deutschen Volkes über die sinnlose seelische Marter zum Ausdruck, zu der durch die unabsehbare Verzögerung der Auslieferung der Kriegsgefangenen ihre Angehörigen und sie selber verurteilt werden.

Präsident **Fehrenbach**: Noch immer sind weite Kreise noch nicht ganz von der Gewißheit durchdrungen, daß wir ein besiegtes Volk sind und keine Machtmittel haben, unsere Wünsche nach der Heimkehr unserer Gefangenen zu unterstützen. Die deutsche Regierung hat alles getan, um die Rückkehr unserer Gefangenen herbeizuführen.

Es folgt der Antrag Löbe (Soz.), Gröbers (Ztr.), Schiffer-Magdeburg (Dem.), Dr. Hirsch (D. Vpt.), die Nationalversammlung möge als **Zeichen der Dankbarkeit** und zur Erinnerung an die Tagung der Nationalversammlung in Weimar als der berufenen Stätte klassischer Ueberlieferung

300 000 Mark überweisen

mit der Maßgabe, sie zur Aufführung volkstümlicher Mustervorstellungen für das deutsche Volk und die heranwachsende Jugend desselben zu verwenden.

Der Antrag wird, nachdem vom Grafen **Posadowsky** wegen der schlechten Finanzlage Deutschlands **Einspruch** erhoben wurde, **gegen die Stimmen eines Teiles der Deutschnationalen angenommen.**

Weimarischer Staatsminister **Paulsen** spricht der Versammlung den

Dank des Staates und der Stadt Weimar

aus. Zur Erinnerung an die Tagung der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung werde eine **Marmortafel am Eingang des Hauses angebracht** werden.

Das Haus erledigt dann noch den Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Frage der

Versorgung von unbemittelten Wöchnerinnen

mit Bett- und sonstiger Wäsche aus freiwerdenden Beständen durch Annahme des Ausschußantrages.

Schluß ½11 Uhr. Nächste Sitzung: **Donnerstag** 8 Uhr (Gesetzentwurf betreffend die Betriebsräte).

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Max Seydewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle Gr. Ulrichstraße 27.

Walhalla-Operettentheater.
Letzt. Gastspiel-Monat.
Dir.: Felix Meinhardt.
Heute u. folgende Tage:
Das Gesetz,
Soziales Drama von Paul Bader.
Anfang 7½ Uhr.
Kasse v. 10-1½ u. 4-6

Hippodrom
Wintergarten
Fernspr. 2185.
Magdeburgerstr. 66
Direktion: Georg Arndt
Täglich 8 Uhr abends
Erstklass. Varietee-Programm.
Jede Nummer eine Sehenswürdigkeit.
Es versäume niemand diesen großart. Spielplan zu besichtigen.
Nach der Vorstellung
Reitfest.
Kassenöffnung 7 Uhr.
Sonnabend von 7 Uhr abends ab Grosser **Hausball.**
2 Musikkapellen.

Bad Wittekind.
Freitag, d. 22. August 19, nachmittags 3½ Uhr:
Kur-Konzert
ausgeführt von der Kapelle des Füsil.-Regts. Nr. 36.
Leitung: Kapellmeister O. Haupt.
Eintrittspreise: für Erwachsene 60 Pfg. „ Kinder 40 „
Dauerkarten h. Gültigkeit.

Wollene Schlafdecken
zu verkaufen bei
Albert Martick Nachfolger
Halle, Alter Markt 2.

Kokspreise.
Der Preis für Lieferung von Grob- und Nußkoks aus dem städtischen Gaswerke beträgt vom heutigen Tage ab
7.50 Mk. für 1 Zentner ab Gaswerk.
Für Zufahren und Abtragen wird ein weiterer Zuschlag von 50 Pfg. je Zentner erhoben. Alle Händler, die städtischen Koks vertreiben, sind verpflichtet, zu diesem Preis zu liefern.
Halle, den 21. August 1919.
Die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke.

Moderne, eichen lackierte
Schlafzimmer
mit Matratzen sofort lieferbar für Mk. 1600.—. 5748
Albert Martick Nachfolger
Halle (Saale), Alter Markt 2

F. Noah,
Leipzigerstraße 16 — Tel. 1649.
Schuhmacher- Bedarfsartikel
Schäftefabrik,
älteste am Platze, gegründet 1872.
Massschäfte, „orthopädische“, für kranke und gesunde Füße. Selbstgelief. Leder wird bestens verarbeitet

Neue Möbel!
Kleiderschränke 125 Mk.
Stoff- u. Plüschsofa, Steg- und Ausziehtische, Vertikos, Schreibtische, Bücherschränke, Chaiselongues, Trumeaux, Spiegelschränkchen, Bettstellen, mit und ohne Matratze, Küchenschränke
verkauft zu billigen Preisen
Friedrich Peileke,
Geiststr. 25.

Apollo-Theater
Täglich abends 8 Uhr:
Förster-Christl.
Operette von G. Jarno.
Christl H. Janowitz.
Vorverk. 9 1 u. 5—½7.

Thalia-Theater.
Kein Kino! Kein Kino!
Täglich abends 8 Uhr
das mit großem Beifall aufgenommene Schauspiel
Verlorene Töchter.
Jugendliche unter 16 Jahren kein Zutritt.
Vorverkauf: Zigarrengeschäfte Nowack & Schmidt, Geiststraße 22, Fehling, Gr. Ulrichstr., Ecke Alte Promenade Max Schulz, Gr. Ulrichstr., Ecke Gr. Steinstr.

Vollkommen kostenlos
erhalten Sie Preisliste hochinteressanter
Bücher und Schriften der Freude u. Liebe.
O. Fischer,
Verlag, Berlin-Halensee.

Die beste Erfrischung!
Ia. Zitronen-Syrup (gar. rein m. Zucker)
Flasche 2 Mark.
Zu den drei Glocken
Paul Horlitz.

Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr.

Neu eingetroffen:
Handbuch der Dreherei
v. Aug. Loß-Halle
80.—90. Tausend.
41.—45. Auflage.
Preis 10,20 Mark.
Zu haben in der
Buchhandlung der „Volksstimme“.
Bestellungen nehmen alle Austräger entgegen!

Wichtig für Landwirte u. Fuhrwerksbesitzer!
Verkauf v. Heeresfahrzeugen
(schwere und leichte Feldwagen)
findet in der
Munitionsanstalt Beesen
(Artillerie-Exerzierplatz)
am **Sonnabend, den 23. August,**
von vormittags 9 Uhr ab statt.
Reichsverwertungsamt
Zweigstelle Halle a. S. 5739

Arbeitsgemeinschaften und Fortbildungskurse der Merseburger Bildungsabende.

1. **Pädagogische Arbeitsgemeinschaft.** Allgemeine Erziehungslehre, Pflege und Erziehung des Kindes. Jugendkunde. Gemeinsame Lektüre von pädagogischen Werken. Jeden Dienstag von 5—6 Uhr im Herzog Christian. Leiter: **Oberlehrer Hempr ch.**
2. **Deutsche Literatur.** Gemeinsames Lesen der deutschen Klassiker. Jeden Dienstag abends von 8—10 Uhr im Herzog Christian. Leiter: **Oberlehrer Kaminski.**
3. **Kunstgeschichte.** Einführung in die deutsche Kunst. Die Maler des 19. Jahrhunderts. Jeden Freitag abends 8½—10 Uhr. Leiter: **Mittelschullehrer Thieltsen.**
4. **Buchführung.** Gewerbliche und kaufmännische, einfache, doppelte und amerikanische Buchführung. Unterweisungszeit 20 Stunden.
   Dienstag nachmittags von 6—7½ Uhr, Freitag „ „ 6—7½ „ } in den Räumen der Fortbildungsschule, Karlstraße 4.
   Leiter: **Fortbildungsschuldirektor Keßel.**
5. **Unterricht in der englischen Sprache.**
   Für Anfänger: Dienstag nachmittags von 5½—7 Uhr, Donnerstag „ „ 5½—7 „
   Für Fortgeschrittene: Dienstag nachmittags von 7—8½ Uhr, Donnerstag „ „ 7—8½ „ } in den Räumen des Gymnasiums.
   Leiter: **Oberlehrer Dr. Taube.**
6. **Unterricht in der französischen Sprache.**
   Für Anfänger: Dienstag nachmittags von 5½—7 Uhr, Donnerstag „ „ 5½—7 „
   Für Fortgeschrittene: Dienstag nachmittags von 7—8½ Uhr, Donnerstag „ „ 7—8½ „ } in den Räumen des Gymnasiums.
   Leiter: **Professor Dr. Seele.**
7. **Unterweisung in der leichten Holzarbeit (Werkunterricht).**
   Dienstag nachmittags von 6—7½ Uhr, Freitag „ „ 6—7½ „ } in der Jugendwerkstatt des Herzog Christian.
   Leiter: **Lehrer Knittel.**

Die Kurse sind für Erwachsene und Jugendliche vom 17. Jahre an bestimmt. **Nur zu den Unterweisungen in der leichten Holzarbeit** werden Jugendliche vom 14. Jahre an zugelassen.

Meldungen zu den einzelnen Kursen werden beim **Hauswart im Herzog Christian** erbeten. Dabei ist eine Einschreibegebühr von 1 Mk. und das Unterrichtshonorar für einen **Monat** im voraus zu zahlen. Dieses beträgt je nach der Anzahl der Stunden monatlich 2—3 Mk. Für den Kursus in der Buchführung sind 20 Stunden angesetzt, hierfür beträgt das Unterrichtshonorar 10 Mk.

Weitere Kurse werden nach Bedarf veranstaltet.

Die Kurse beginnen in der **ersten Woche des September.**

Die Leitung der Bildungsabende.

Neu erschienen:
Der Mißbrauch der Revolution
von Erdmann sen.
In diesem Heft wird die zum Ruin des Volkes führende Politik der **Unabhängigen u. Kommunisten** geschildert.
Preis 80 Pfg.
Bestellungen nehmen unsere Austräger entgegen.
Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.

Alte, abgespielte, auch zerbrochene
Grammophon-Platten
jeder Art, sowie
Phonograph.-Walzen
kauft zu höchsten Preisen ohne Gegenkauf
Gustav Uhlig,
Uhren u. Musikwerke,
Unt. Leipziger Str.

Scheffelbrot
darf wegen seiner Güte in keinem Haushalte fehlen!

Reparaturen an **Uhren** 5534
übernimmt bei solider Ausführung zu normalen Preisen
Kurt Unger, Uhrmacher,
Gr. Steinstr. 85
(gegenüber Barfüßerstr.).

In freien Stunden
Wochenschrift
voll spannender Romane und Erzählungen.
Preis 20 Pf.
Buchhdlg. Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27.
Bestellungen nehmen alle Austräger entgegen.

Auch bei 40 Grad Hitze
Seefische frisch u. billig!
Freitag früh aus eigenem Kühlwaggon:
Bratschellfisch Pfund 75 Pf.
Schellfisch, klein Pfund 90 Pf.
Portionsschellfisch Pfund 105 Pf.
Seelachs o. Kopf u. Cabliau.
Sonnabend 1 Waggon Räucherware
Nordsee, Große Ulrichstraße 58. Tel. 1275 und 1274.

Von der Reise zurück!
Privatdozent Dr. Kneise,
Leitender Arzt der Heilanstalt Weidenplan.

Elektrische Licht- u. Kraftanlagen
mit Leitungen aus
Kupfer
installiert wieder
Rast
Geiststrasse 28

Waschkleiderstoffe
in neuesten Mustern und Webarten
zu vorteilhaften Preisen
in grosser Auswahl
Brummer & Benjamin
Gr. Ulrichstrasse 22/23.

Die Beschaffung landwirtschaftlicher Siedlungslande.
Verordnung betr. Landarbeiter-Ordnung.
Preis 70 Pfg.
Buchhandlung der Volksstimme.
Bestellungen nehmen alle Austräger entgegen.

Familien-Nachricht.

Baumeister
Hermann Pfeiffer und Frau Lotte
geborene Friedrich
geben ihre am 21. August in Stoessen stattgefundene Vermählung bekannt.
Halle, Ulestrasse 3. 1919.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190821-16/fragment/page=0004

Wo bleibt unser Ausschluß?

Genosse Viktor Schiff schreibt dem „Vorwärts" aus Luzern vom 11. August ein Nachwort zur internationalen Konferenz.

Mit Pauken und Trompeten war es uns angekündigt worden: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sollte aus der Internationale ausgestoßen werden. Nachdem eine Artikelserie des Schriftleiters der „Freiheit", Dr. Rudolf Hilferding, uns schonend und doch unzweideutig auf das Furchtbare vorbereitet hatte, brachte das Hauptorgan der Unabhängigen am 30. Juli abends den offiziellen Beschluß der Parteileitungen (?) der U. S. P. D. ab. Die Partei Haases und Ledebours würde einer Internationale nicht weiter angehören können, in der noch Raum für die S. P. D. wäre.

Offenbar fühlten sich die Unabhängigen ihrer Sache sicher. Und in der Tat konnte es den Anschein haben, als würden wir bei der Abstimmung über einen solchen Antrag der Unabhängigen unserer eigenartigen Zwickmühlenstellung zum Opfer fallen. Die Linkssozialisten aller Länder, vor allem also die französische Mehrheit, möglicherweise auch die Engländer, würden uns als die Antibolschewisten, als die Partei Noskes, mit Wonne hinauswerfen, und mit nicht minderer Begeisterung würden sich die Rechtssozialisten der Entente, namentlich die französische Minderheit unter Renaudel und die Belgier unter Vandervelde, an diesem Hinauswurf der Deutschen Kreditbewilliger der Partei Scheidemanns beteiligen. Vor ein: „Entweder-Oder" gestellt, würden sich die meisten zugunsten der Unabhängigen entscheiden. Der Plan schien ganz gut ausgesonnen.

Es ist anders gekommen. Die deutsche mehrheitssozialistische Delegation, die übrigens 24 Stunden vor der unabhängigen zur Stelle war, sah allerdings von vornherein der Entwicklung der Dinge mit Seelenruhe entgegen und konnte sich auch gleich davon überzeugen, daß die Stimmung der Internationale eine ganz andere war, als es sich die Unabhängigen vorstellten. Namentlich die Engländer dachten gar nicht daran, den Sprung ins Dunkle zu machen, zu dem die Unabhängigen die ganze Internationale veranlassen wollten. Die Neutralen, auch diejenigen, die mit unserer Kriegspolitik nicht einverstanden sind, urteilten über unser Verhalten seit der Revolution als nüchterne Realpolitiker und nicht wie die Schreier des Groß-Berliner Arbeiterrates. Für die französische Longuet-Gruppe ist die sowjetfreundliche Agitation offenbar mehr eine innerpolitische Angelegenheit und auch die Renaudel-Vandervelde-Richtung zeigte vom ersten Augenblick an eine Unversöhnlichkeit gegenüber dem bolschewistischen Standpunkt, die viel weiter geht, als unsere eigene Abneigung. Alle aber, gleichviel, ob sie uns achten, bekämpfen oder gar hassen, alle waren von der richtigen Ueberzeugung durchdrungen, daß sie uns unbedingt brauchen. Alle wußten, daß wir die stärkste, kampffähigste sozialistische Partei der ganzen Welt sind und daß die zweite Internationale eventuell und vorübergehend die offenen und versteckten Anhänger der Moskauer Internationale entbehren kann, daß sie aber ohne uns, die deutschen Sozialdemokraten, ein leerer Wahn wäre.

Von diesen Stimmungen innerhalb des Kongresses ahnten die unabhängigen Delegierten, Crispien und Hilferding, offenbar nichts, als sie am 3. August vormittags im Beratungszimmer der politischen Kommission erschienen. Im übrigen, auch wenn sie die Ansichten der meisten Kongreßteilnehmer gekannt bezw. sofort erkannt hätten — es war zu spät! Der verhängnisvolle Beschluß war bereits gefaßt und aller Welt feierlich durch die „Freiheit" verkündet worden. Es gab kein Zurück mehr.

Die Unabhängigen gingen, kaum daß sie sich vorgestellt hatten, frisch ans Werk. Crispien deutete gleich an, mit welcher Absicht er und seine Freunde nach Luzern gekommen wären. Aber Genosse Wels parierte bereits in dieser Kommissionssitzung den Stoß mit einem Argument, das seine Wirkung nicht verfehlte. Er schilderte an der Hand der geschichtlichen Daten die systematische Sprengung der Einheitsfront des deutschen Proletariats durch die Unabhängigen und deren unheilvolle Wirkung auf die gegenwärtigen politischen Verhältnisse in Deutschland und sagte sodann etwa: „Und das, was den Unabhängigen mit der deutschen Arbeiterklasse leider gelungen ist, wollen sie jetzt mit der gesamten Internationale wiederholen. Sie möchten, da sie sich sowieso im Schlepptau der Kommunisten befinden, die zweite Internationale durch unseren Ausschluß ebenfalls, und zwar zugunsten der dritten Internationale, sprengen. Und wenn ihnen dies gelingen sollte, dann würden sie trotzdem nach Moskau gehen, wohin sie sowieso gehören."

Damit war in der Tat die wahre Absicht der Unabhängigen bloßgelegt und die Delegierten der U. S. P. D. mußten an den darauffolgenden Erklärungen gerade solcher Männer, wie Renaudel und Vandervelde, auf deren Unterstützung sie hofften, die Aussichtslosigkeit ihres Unternehmens erkennen. Crispien verlegte sein Tätigkeitsfeld nach der zweiten (Organisations-) Kommission und holte sich dort eine Blamage nach der anderen. Zwei für die Politik der U. S. P. wesentliche Anträge wurden einstimmig abgelehnt. In der politischen Kommission verblieben Hilferding und der etwas später eingetroffene Oskar Cohn, die zwar weitere Angriffe gegen die Mehrheitssozialisten richteten, aber mit keinem Worte mehr den famosen Antrag ihrer „Parteileitungen" erwähnten. Sie hörten es sogar sichtlich ungern, wenn man sie überhaupt noch daran erinnerte.

Wir werden auf die weitere Tätigkeit der Unabhängigen, namentlich auf die unerhörte Rede Crispiens in der Plenarsitzung vom 3. August, leider zurückkommen müssen. Aber schon jetzt drängt sich die Frage geheterisch auf: Wo bleibt unser Ausschluß? Und was gedenkt die U. S. P., nachdem sie sich so kategorisch festgelegt hat, zu tun? Wird sie sich hinter dem faulen Vorwand verschanzen, daß erst der Genfer Kongreß, im Februar 1920, berufen sein, über einen solchen Antrag abzustimmen? Sowohl die erwähnten Aufsätze Hilferdings, wie auch der offizielle Beschluß der „Parteileitungen" vor Luzern lasen sich anders.

Oder wird die unabhängige Partei die Konsequenzen aus ihrer Niederlage ziehen, die „reaktionäre Gesellschaft" der zweiten Internationale verlassen und nach Moskau gehen, um dort ihren Tatendrang zu befriedigen?

Ein solcher Schritt wäre wenigstens logisch und tapfer. Beides Gründe, die es uns als unwahrscheinlich erscheinen lassen, daß er von der U. S. P. D. getan werde.

Halle und Saalkreis.

Halle, 21. August 1919.

Vorstandssitzung des sozialdemokratischen Vereins.

Freitag, den 22. d. M., abends 7½ Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine Vorstandssitzung statt. Da wichtige Organisationsfragen erledigt werden müssen, ersuchen wir die Vorstandsmitglieder vollzählig und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Nachklänge zum Kalibarbeiterstreik.

„Im Lichte der Wahrheit" wird gestern im „Volksblatt" durch eine Zuschrift (Peters?) „endlich" der Kalibarbeiter-„Generalstreik" gezeigt. Lange genug hat es ja gedauert, ehe „diese Wahrheit" an den Tag gekommen ist, sie ist aber auch danach, und da zu wiederholten Malen restlos und zweifelsfrei festgestellt worden ist, wie die Dinge tatsächlich lagen und liegen, erübrigt es sich, näher auf den Speech einzugehen und „diese Wahrheit" „umzubiegen". Ein Teil der dort abgeladenen Schimpfereien und Verleumdungen richtet sich gewohnheitsgemäß auch gegen uns, unsere klare Stellungnahme gegen diesen widersinnigen arbeiterfeindlichen Streik behagt den Peters und Genossen nicht. Wenn den Herren ihr Mangel an geistigen und stichhaltigen Argumenten offenbar wird, schimpfen sie in ohnmächtiger Wut über die „von den Kapitalisten ausgehaltene Volksstimme". Auch hier erzählt nach Jesuitenart die Zuschrift, daß jetzt wieder „die Volksstimme von den Kaliwerken an die Belegschaften unentgeltlich verteilt wird". **Kein Wort ist an dieser törichten, hilflosen Verleumdung wahr und auch der robustesten Demagogie und Verlogenheit wird es nicht gelingen, den Beweis für diese Lügen zu erbringen.**

Die Güte des neuen Erbschaftssteuergesetzes.

Der viel umstrittene § 25 des Erbschaftssteuergesetzes, der den Tarif enthält, hat folgende endgültige Fassung erhalten:

Die Erbanfallsteuer beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 20 000 Mk. des steuerpflichtigen Erwerbs in der

	I.	II.	III.	IV.	V.	VI. Klasse
	4	5	6	8	10	15 Proz.
für die nächsten angefangenen oder vollen 30 000 Mk.	5	6	8	10	12	20
für die nächsten angefangenen oder vollen 50 000 Mk.	6	8	10	12	15	25
für die nächsten angefangenen oder vollen 50 000 Mk.	8	10	12	15	20	30
für die nächsten angefangenen oder vollen 50 000 Mk.	10	12	15	20	25	35
für die nächsten angefangenen oder vollen 100 000 Mk.	12	15	20	25	30	40
für die nächsten angefangenen oder vollen 200 000 Mk.	15	20	25	30	35	40
für die nächsten angefangenen oder vollen 250 000 Mk.	20	25	30	35	40	50
für die nächsten angefangenen oder vollen 250 000 Mk.	25	30	35	40	45	55
für die nächsten angefangenen oder vollen 500 000 Mk.	30	35	40	45	50	60
für die weiteren Beträge	35	40	45	50	60	70

Die Steuer erhöht sich um je 1 Prozent ihres Betrages, und zwar soweit das zurzeit des Erbanfalls bereits vorhandene Vermögen des Erwerbers 100 000 Mk. aber nicht 200 000 Mk. übersteigt, für je angefangene 10 000 Mk; soweit das vorhandene Vermögen 200 000 Mk. übersteigt, für je angefangene 20 000 Mk.

Der Zuschlag darf die Hälfte des 100 000 Mk. übersteigenden Betrages des vorhandenen Vermögens nicht übersteigen, er darf nicht mehr betragen als 100 Prozent von der Steuer des Gesamtbetrages. Die Erbschaftssteuer darf nicht höher als 90 Prozent des Erwerbes sein; bei Erbanfällen vor dem 1. April 1935 wird die Steuer für jedes volle Jahr bis zum 1. April 1925 zurück um 1 Prozent, für jedes weitere vorhergehende Jahr um 2 Prozent ermäßigt.

Gegenüber der ersten Vorlage erhöht sich der gesamte Rohertrag um reichlich ein Sechstel auf 860 Millionen Mark. Von diesem Betrage werden im Hinblick auf die Gebietsverluste 10 v. H. gleich 86 Millionen Mark abzusetzen sein, sodaß für das verkleinerte Reichsgebiet rund 775 Millionen Mark verbleiben.

Anmeldung von Zählern zur Volkszählung.

Vom hiesigen Magistrat wird uns geschrieben:

Am 8. Oktober 1919 findet im Deutschen Reiche eine allgemeine Volkszählung statt, deren Durchführung im Stadtkreise Halle dem Statistischen Amte der Stadt Halle übertragen ist. Bei der Wichtigkeit und dem Umfang der Zählung ist, wie bei früheren Zählungen, die Mitwirkung weiter Kreise insbesondere durch Austeilung, Ausfüllung und Wiedereinsammlung sowie Prüfung der Zählpapiere erforderlich. Es wird erwartet, daß die Bevölkerung der Stadt Halle der bevorstehenden Volkszählung, deren Ergebnis die Grundlage für die Ermittlung der versorgungsberechtigten Bevölkerung und damit für die Lebensmittelversorgung der Einwohner der Stadt Halle bilden soll, in Anbetracht dieser ungemein großen Wichtigkeit und Bedeutung mit der nötigen Anteilnahme begegnen und die umfangreiche Arbeit fördern wird. Daher ist es erwünscht, daß sich möglichst viele Personen als freiwillige Zähler zur Verfügung stellen und für eine sorgfältige Ausfüllung und Prüfung der Zählpapiere im Interesse der ganzen Bevölkerung Sorge tragen.

Die Aufforderung zur Uebernahme des ehrenamtlichen Zählgeschäfts ergeht an alle Kreise der Bevölkerung. Beamte, Angestellte und Arbeiter und sonstige beruflich tätige Personen können sich am Zählgeschäft beteiligen. Auch im Ruhestand lebende Personen, wie Beamte, Lehrer und ähnliche, sowie junge Mädchen und Frauen kommen als ehrenamtliche Zähler in Betracht. An geschlossene Personenkreise insbesondere Behörden ergeht eine besondere Aufforderung. Je mehr Zähler sich melden, desto leichter wird das Zählgeschäft sein und desto genauer und sicherer gestaltet sich die Durchführung der Volkszählung.

Die Anmeldungen der ehrenamtlichen Zähler und Zählerinnen werden möglichst frühzeitig an das Statistische Amt, Stadthaus, Eingang Schmeerstraße, III. Stock mündlich oder schriftlich erbeten.

Die mit der Durchführung der Zählung beauftragten Behörden hoffen, daß alle Personen, die bei der Volkszählung mitwirken können, sich opferwillig in den Dienst dieser Aufgabe stellen, deren genaue und vollständige Durchführung von großer Wichtigkeit für die weitere Lebensmittelversorgung ist, und somit im eigenen Interesse der ganzen Bevölkerung wirken.

Die Geschichte zweier Städte.

(109) Roman von Charles Dickens

Alles dies dauerte nur eine Sekunde. Wie sich der Rauch verzog, eine unheimliche Stille zurücklassend, schwand er hinaus in die Luft, wie die Seele des wütenden Weibes, dessen Körper leblos auf dem Fußboden lag.

In der ersten Angst und im ersten Schrecken ihrer Lage ging Miß Proß der Leiche im Vorbeigehen so weit als möglich aus dem Wege und lief die Treppe hinab, um unnütze Hilfe zu rufen. Zum Glück dachte sie an die möglichen Folgen ihres Tuns noch zeitig genug, um sich anders zu besinnen und wieder umzukehren. Es war schrecklich, wieder in die Stube zu gehen; aber sie ging hinein und wagte sich selbst in die Nähe der Leiche, um Ihren Hut und ihre anderen Sachen zu holen. Nachdem sie sich draußen auf der Treppe angekleidet, schloß sie die Tür zu und nahm den Schlüssel mit. Alsdann setzte sie sich ein paar Augenblicke auf die obersten Stufen um Atem zu schöpfen und zu weinen, und dann stand sie auf und eilte fort. Zum Glücke hatte sie einen Schleier an ihrem Hute, oder sie hätte kaum über die Straße gehen können, ohne angehalten zu werden. Ebenfalls zum Glücke war sie von Natur so eigentümlich in ihrer Erscheinung, daß Ungewöhnliches bei ihr weniger auffiel, als bei anderen. Es war gut so; denn die Finger der Wütenden hatten ihr Gesicht zerkratzt, ihr Haar war zerzaust, und ihre hastig und mit aufgeregten Händen angelegten Kleider waren nach allerlei Richtung gezogen und gezerrt.

Als sie über die Brücke ging, warf sie den Schlüssel in den Fluß. Sie kam einige Minuten vor ihrem Begleiter an der Kirchtüre an und mußte dort warten. Ach, dachte sie, wenn man den Schlüssel in einem Netz gefunden, wenn man ihn erkannt, wenn man die Türe geöffnet und die Leiche entdeckt hätte, wenn ich am Tore angehalten, ins Gefängnis geschickt und des Mordes angeklagt würde! Inmitten dieser aufregenden Gedanken erschien der Begleiter, nahm sie in den Wagen auf und fuhr mit ihr fort.

„Ist Lärm auf der Straße?" fragte sie.

„Der gewöhnliche Lärm," gab Mr. Crancher zur Antwort und sah sie an, erstaunt über die Frage und ihr Aussehen.

„Ich höre Sie nicht," sagte Miß Proß. „Was sagten Sie?"

Vergeblich wiederholte Mr. Crancher seine Antwort noch einmal. Miß Proß konnte ihn nicht hören.

So will ich mit dem Kopf nicken, dachte Mr. Crancher, jedenfalls wird sie das sehen. Und sie tat es.

„Ist jetzt Lärm auf der Straße?" fragte Miß Proß noch einmal nach kurzer Weile.

Wieder nickte Mr. Crancher mit dem Kopfe.

„In einer Stunde taub geworden," sagte Mr. Crancher nachdenklich und mit sehr beunruhigtem Gemüt; „was ist ihr zugestoßen?"

Und wirklich war sie von dieser Zeit an taub.

42. Kapitel.

Die Schritte verhallen für immer.

Die Straßen von Paris entlang rumpeln die Totenkarren hohl und schwer. Sechs Karren führen den Wein des Tages der Guillotine zu. Alle gierigen und unersättlichen Ungeheuer, wie sie die menschliche Phantasie jemals ersonnen hat, sind in dieser einen Gestalt der Guillotine verschmolzen. Und doch gibt es in Frankreich, mit seiner reichen Verschiedenartigkeit an Boden und Klima, keinen Halm, kein Blatt, keine Wurzel, keinen Zweig, kein Pfefferkorn, das unter natürlichen Bedingungen gereift wäre als dieser Schrecken gereift ist. Zerdrücke die Menschheit noch einmal unter ähnlichen Hämmern, und sie wird von selbst dieselben gequälten Gestalten und Formen anzunehmen suchen. Säet dieselbe Saat habgieriger Ausschweifung und Tyrannei, und sicherlich wird sie wieder dieselbe Frucht nach ihrem Ursprung tragen.

Eine Wache von einigen Reitern umgibt die Karren, und öfter sehen Gesichter zu ihnen empor und erkundigen sich bei ihnen. Es scheint immer dieselbe Frage zu sein; denn nach der Antwort drängt sich immer das Volk um den dritten Karren. Die Reiter neben diesem Karren zeigen mit ihrem Säbel häufig auf einen Mann. Alles will wissen, wo er ist; er steht hinten im Karren und sieht herab auf ein Mädchen, das neben ihm sitzt und seine Hand hält, und mit dem er spricht. Die übrige Umgebung kümmert ihn nicht, und er unterhält sich fortwährend mit dem Mädchen. In der langen St. Honore-Straße wird ihr und da Geschrei gegen ihn laut. Wenn er sich überhaupt davon bewegen läßt, so ist es nur zu einem stillen Lächeln, wie er sein Haar ein wenig lockerer um sein Gesicht schüttelt. Er kann sein Gesicht nicht berühren, denn seine Hände sind ihm gebunden.

Auf der Vordreppe einer Kirche steht, in Erwartung der Karren, der Spion. Er blickt in den ersten; er ist nicht drin. Er blickt in den zweiten: er ist nicht drin. Er fragt sich schon, hat er mich geopfert? als sein Gesicht bei dem Erblicken des dritten Karrens sich aufhellt.

„Nieder mit Evrémonde!" ruft ein Mann hinter ihm.

„Der dort. Hinten im Karren."

„Der seine Hand dem Mädchen gegeben hat?"

„Ja."

Der Mann schreit: „Nieder mit Evrémonde! Unter die Guillotine alle Aristokraten."

„Nieder mit Evrémonde! Unter die Guillotine alle Aristokraten."

„Nieder mit Evrémonde."

„Still, still!" bittet ihn der Spion schüchtern.

„Warum soll ich nicht, Bürger?"

„Er bezahlt seinen Einsatz; in fünf Minuten ist es vorbei. Laßt ihn in Frieden fahren."

Da aber der Mann fortfuhr zu schreien: „Nieder mit Evrémonde!" wendet sich ihm für einen Augenblick Evrémondes Gesicht zu. Jetzt sieht auch Evrémonde den Spion, sieht ihn aufmerksam an und fährt vorüber.

Es ist gleich drei Uhr, und die durch das Volk gepflügte Furche wendet sich, um auf den Hinrichtungsplatz auszumünden. Die Gräben, die zu beiden Seiten aufgeworfen worden sind, fallen jetzt wieder zusammen und schließen sich hinter dem letzten Pfluge, wie er vorbei ist, denn alle folgen ihm nach der Guillotine hin. Ihr gegenüber sitzen auf Stühlen, wie in einem öffentlichen Garten, wo Konzert ist, eine Anzahl Frauen, eifrig mit Stricken beschäftigt. Auf einem der vordersten Stühle steht der Racheengel und sieht sich nach der Freundin um.

„Therese!" ruft sie mit ihrer gellenden Stimme. „Wer hat sie gesehen? Therese Defarge!"

„Sie hat noch nie gefehlt", sagt eine Strickschwester neben ihr.

„Nein; und sie wird auch heute nicht fehlen", sagt der Racheengel ärgerlich. „Therese!"

„Lauter", empfiehlt die andere.

„Ja! Lauter, Racheengel, viel lauter, und dennoch wird sie dich schwerlich hören. Noch lauter, Racheengel, vielleicht mit einem Fluche verstärkt, und doch wirst du sie kaum herbeischaffen. Schlechte andere Frauen aus, um sie zu lachen, wo sie verweilt; und obgleich deine Boten Schreckliches getan haben, ist es doch fraglich, ob sie freiwillig weit genug gehen werden, um sie zu finden.

„Wie ärgerlich!" rief der Racheengel aus und stampfte mit dem Fuße; „und da kommen die Karren! Und Evrémonde wird im Nu hingerichtet sein, und sie ist nicht da! Hier habe ich ihr Strickzeug in der Hand, und ihr leerer Stuhl steht neben mir. Ich möchte vor Verdruß und Aerger weinen!"

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190821-16/fragment/page=0005

* **Sie schwindeln weiter.** Billigen Agitationsstoff lassen sich die Radikalen von rechts durchaus nicht aus den Händen schlagen und wenn er noch so gemein und verlogen ist. Restlos ist die Kriegsgefangenenlüge der Deutschnationalen klargelegt, trotzdem aber spinnen die „Patrioten" den Faden weiter. Gestern nachmittag führt die „Hallesche Zeitung" wieder einen verleumderischen, „wahrheitsstrotzenden" Eiertanz auf, der den Kriegsgefangenen herzlich wenig nützen wird, allen ehrlichen Menschen aber „allerhand Achtung" abzwingen muß.

Beschäftigungsgesuche, auch solche um Beschäftigung im Bürodienst der städtischen Verwaltung, sind nicht mehr an den Magistrat, sondern an das städtische Arbeitsamt, Salzgrafenstraße (Hallmarkt) Nr. 2 zu richten.

Bei einer nächtlichen Streife wurde ein Schornsteinfegerlehrling, der seinem Lehrherrn in Zörbig entwichen war, aufgegriffen. Er wurde seinen hier wohnhaften Eltern zugeführt.

Kindlicher Unfug. Ein 6 Jahre alter Knabe, der sich an eine in Fahrt befindlichen Droschke gehängt und mit den Füßen gegen ein Rad gekommen war, zog sich eine Verletzung am rechten Fuße zu.

* **Photographische Aufnahmen vom Flugtag in Halle** hat die Firma Hein & Roggenkamp, Große Ulrichstraße 36, angefertigt. Die wohlgelungenen Aufnahmen zeigen recht interessante Momentbilder.

Bad Wittelind. Vor zahlreichen Zuhörern konzertierte gestern abend in Bad Wittelind das Seifert-Orchester. Außer dem Pilgerchor und Lied an den Abendstern aus der Oper „Tannhäuser" von Wagner, wurden meist Tonwerke heiteren Charakters vorgetragen, die das Publikum in Stimmung versetzten. Namentlich fanden die bekannten Weisen neuerer Tondichter bei der promenierenden Jugend freudige Aufnahme. Die Kapelle erntete viel Beifall. — Morgen Freitag, nachmittags 3½ Uhr findet Kurkonzert von der Kapelle des Füsilier-Regiments Nr. 36 unter Leitung des Kapellmeisters Otto Haupt, mit besonders gewählter Vortragsfolge statt.

Können. Funktionäre. Die Funktionärsitzung des Sozialdemokratischen Vereins Können findet heute Donnerstag abend 8½ Uhr bei Genosse Starke statt. Wir bitten sämtlich in Frage kommenden Genossen zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Aus der Provinz.

Merseburg. Daniel in der Löwengrube! Wie wir schon in einigen Berichten gezeigt haben, ist auf dem hiesigen Ammoniak-Werk (Leunawerk) ein Kampf gegen den Betriebsrat, der nur aus strammen U. S. P.-Leuten besteht, entstanden. Die hohen Kommunisten sind die Ankläger, denn sie erheben die schwersten Beschuldigungen gegen die dortigen U. S. P.-Führer, und wir müssen sagen, wenn nur ein Zehntel von den Gerüchten wahr ist, so würden sie uns aus Reinlichkeitsgründen veranlassen, aufzutreten. Der Betriebsrat, an dessen Spitze Herr Daniel steht, wird jetzt von den Leuten angefeindet, die früher seine stärksten Säulen im Kampfe gegen die nicht aussterben wollenden Rechtssozialisten waren. Die Führer hatten den Leuten ein Paradies versprochen und ihnen die gemeinsten und roheste Mittel zur Anwendung im Kampf gegen uns gelehrt. Jetzt merken nun die damals Verführten, die nebenbei gesagt, sich meist aus ehemaligen Gelben zusammensetzen, das auch U. S. P. nur mit Wasser kochen kann. Nun benutzen sie die gutgelernte terroristische Kampfeswelle gegen ihre ehemaligen Lehrmeister. Wir wissen, daß die Führer keine Geisteleuchten sind, aber es ist ihnen ja oft von uns gesagt worden, wie ihre schädige Agitation sich rächen wird und es kommt der Tag der Abrechnung schneller, wie wir es glaubten. Wenn dies die Kommunisten ausnutzen, können wir es verstehen, denn die sind im Versprechen den U. S. P. noch über. In seiner Angst versuchte nun der Betriebsrat, ein Vertrauensvotum zu erreichen. In einer großen Betriebsversammlung versuchte er sich zu rechtfertigen, doch sausten von der Gegenseite die Hiebe hagdicht auf das Haupt des Betriebsrates hernieder, so daß er sich in einer sehr mißlichen Lage befand. Eine Abstimmung im Betrieb sollte feststellen, ob er noch das Vertrauen der großen Masse besitzt. Wie wir erfahren haben, ist das Vertrauensvotum nochmals gegen eine „sehr große Minorität" erteilt worden, aber wie lange, die Frucht reift und die Herren werden ernten, was sie gegen uns gesäet haben und man spricht heute nicht mit Unrecht von einem Betriebsrat von Unternehmers Gnaden. Aber man höre, wie tapfer sich der Betriebsrat verteidigte. Die böse Reichsregierung ist an allem schuld, denn sie habe das entscheidende Wort in allen wichtigen Fragen zu sprechen und der nun so radikal sich gebärdende Betriebsrat muß sich artig darauf berufen. Diese Art Entschuldigung kann bei aufrechten Gewerkschaftlern und Sozialisten nur als Rostäuschermanieren und Demagogenkniffe bezeichnet werden. Um die Leitung zu behalten, muß man solch traurigen Mut aufbringen. Wenn man früher Herrn Daniel am Rockärmel halten mußte, daß er nicht ins bürgerliche Lager fiel, so scheint ihm jetzt auch seine radikale Ader wieder zu verdorren und wir werden noch etwas erleben. Die Kommunisten sagen zwar, ausgeschoben ist nicht aufgehoben, deshalb glauben wir, daß die Betriebsratsherrlichkeit bald zu Ende sein wird, um dann einer gerecht zusammengesetzten Körperschaft Platz zu machen.

Merseburg. Arbeitsgemeinschaften und Fortbildungskurse der Merseburger Bildungsabende. Dienstags, Donnerstags und Freitags finden Unterrichtskurse deutscher Literatur, Kunstgeschichte, Buchführung, französischer und englischer Sprache, und leichten Holzarbeiten statt. Anmeldungen werden beim Hauswart im „Herzog Christian" erbeten. Näheres siehe Inserat der heutigen Nummer.

Merseburg. Mangelhafte Lebensmittelfürsorge. Es ist wieder mit der Versorgung von Nahrungsmitteln in unserer Stadt recht traurig bestellt. Zwar kann man Auslandsschmalz und Speck unter den bekannten hohen Preisen bekommen, jedoch ist damit die Versorgung erschöpft. Salzheringe kosten das Stück 1 M., während sie in anderen Städten schon für 55 Pfg. zu haben sind. Käse haben wir schon 6—8 Wochen nicht zu sehen bekommen und andere Lebensmittel scheint unsere städt. Lebensmittelversorgung gar nicht zu kennen. Während andere Gemeinden dazu übergegangen sind, Kakao, Schokolade, Mehl, Reis usw. zu verteilen, glaubt man hier wahrscheinlich, daß die Zeiten der „Bürgermeisteramtsenthebung" vorüber sind und deshalb brauchen die Versprechungen nicht gehalten zu werden. Wir haben eine ungesunde Kritik stets verurteilt, aber was anderen Städten möglich ist, kann auch hier durchgeführt werden, deshalb hoffen wir baldigst eine Besserung für unsere Arbeiter und Beamten, die nicht schieben und wuchern können. — Der hiesige Konsumverein eröffnet in nächster Zeit in Gr.-Görschen b. Lützen eine Warenverteilungsstelle. Als Lagerhalter kommt ein strammer U. S. P.-Mann, Herr Winkler, in Betracht. Er ist zwar erst kurze Zeit Aufsichtsratsmitglied, doch seinen Posten hat er schon erhalten. Das hätte früher passieren sollen!

u. Querfurt. Ein sauberer „Genosse". Daß die Unabhängigen im allgemeinen und ihre Führer in Stadt und Land im besonderen es mit der Wahrheit nicht genau nehmen, ist wohl hinlänglich bekannt. Daß es aber „Leuchten" unter ihnen gibt, die es mit dem Unterschied zwischen „Mein" und „Dein" nicht ganz genau nehmen, öffnet vielleicht diesem oder jenem ihrer Anhänger die Augen, und sie sehen dann, welchen zweifelhaften Elementen sie eigentlich Gefolgschaft leisten. Ein krasser Fall hat sich hier zugetragen, der sich den vielen schon bekannten würdig anreiht. Eines der großmäuligsten Mitglieder der hiesigen U. S. P., der Stadtverordnete Jakob, der in jeder Stadtverordnetenversammlung die „Prinzipientreuen" seiner Partei mit den wütendsten Schimpfreden gegen die „ehrlosen mehrheitssozialistischen Verräter" beweist", ist in einer der letzten Nächte erwischt worden, wie er mit — Pferd und Wagen Getreide von — fremder Leute Felder gestohlen hat. Es ist derselbe, der in unserer letzten öffentlichen Versammlung, in welcher Gen. Drescher sprach, statt seine Anhänger zur Ruhe zu mahnen, in einer konfusen Rede zur Sprengung der Versammlung aufhetzte, und auch zu den Hauptverfassern eines gegen unseren Gen. Behrendt gerichteten, verleumderischen, die Tatsachen vollständig verdrehenden und jedes politischen Anstandes baren Flugblattes gehört. Aus dem Stadtverordnetenkollegium wird dieser saubere „Herr" ja nun wohl oder übel ausscheiden müssen, die hiesige U. S. P. erneunt ihn aber vielleicht dafür zum Ehrenvorsitzenden! Nebenbei sei noch bemerkt, daß Jakob sich in letzter Zeit deswegen so großschäuzig radikal geberdet, um die Tatsache zu verschleiern, daß er es während der Kriegsjahre als Obsthändler durch Verteuerung des Obstes zum „verstuchten Kapitalisten" gebracht hat. Aber das ist alles Nebensache: das Mitgliedsbuch der U. S. P. ist ein Ablaßbrief für alle Sünden!

Grüfenhainichen. Am Sonntag sprach Gen. Krüger-Merseburg über unsere politische Lage. In zweistündigen Ausführungen zeigte er, unter welchen Schwierigkeiten wir die Leitung der Geschicke unseres Vaterlandes übernommen haben, weil wir uns als stärkste Partei nicht abseits stellen konnten. Mit großer Spannung verfolgten die Anwesenden, unter denen zahlreiche Unabhängige waren, den Darlegungen des Redners über unsere Taktik bei der Erledigung der großen Fragen der Gegenwart und Zukunft. Der Bolschewismus vermag nicht die Arbeiterklasse zu befreien, sondern er bildet mit seiner Unfruchtbarkeit nur die Vorstufe für den neuen Kapitalismus, wie das Beispiel in Ungarn zeigt. In der Diskussion trat dem Redner niemand entgegen. Ein Landwirt schlug an Stelle des jetzigen Systems der Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse eine andere Regelung vor. Ihm erwiderte Lehrer Arndt-Gröbern (U. S. P.), daß jedes andere System der Erfassung an der Halsstarrigkeit eines großen Teiles der Landwirte scheitere. Ihm seien als Mitglied der Feststellungskommission des Kreises die Türen vor der Nase verschlossen worden und nur die Anwesenheit des Gendarmen hätte ihn vor Tätlichkeiten bewahrt. Im übrigen erklärt sich der Redner mit den Ausführungen des Referenten ausdrücklich einverstanden. Diese Versammlung wird manchen Arbeiter, der bisher gedankenlos hinter den radikalen Phrasendreschern herlief, zum Nachdenken veranlassen.

Groß-Mölsen. Mitgliederversammlung. Genosse Winkler erstattet Bericht über die letzte Bezirkskonferenz in Halle, der mit größter Zufriedenheit aufgenommen wurde. Trotzdem es manchem schwer fällt die anderen sozialistischen Parteien zu bekämpfen, so wurde doch für die nächste Zeit eine rege Agitation besonders gegen die U. S. P. angeregt und gutgeheißen. In nächster Zeit soll hier eine Frauenversammlung stattfinden, in der eine Genossin referieren wird. Am 14. September wird von unserem Parteiverein ein Kinderfest veranstaltet, zu dem jetzt schon fleißig agitiert werden soll. Zum Berichterstatter für die „Volksstimme" wurde Gen. Schönemann gewählt. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Mahnung, unablässig für unsere Partei weiter zu agitieren.

Rüßen. Angestellten-Versammlung der Leunawerke. Auf die gleiche Tonart wie die Vertrauensmänner-Sitzung war die heutige Versammlung gestimmt. In herzerreißenden Tönen wurde von Seiten der unabhängigen Betriebsräte über das unartige Geschwisterkind K. P. D. geklagt. Wilde Gerüchte sind in die Welt gesetzt worden, von Zementmangel, Fleischverschiebungen, monatlichen Gehältern von 900 Mark an einzelne Betriebsräte, Extra-Gratifikationen von 5000 Mark als Anerkennung dafür, daß der Betrieb in den Kesselhäusern an jenem denkwürdigen 21. Juli, dem Welt-Generalstreiktag, aufrechterhalten wurde usw. Sollte ein kommunistischer Betriebsrat zustande kommen, dann wehe einer ihr Angestellten, derselbe würde viel, viel schärfer vorgehen und dergl. mehr. Interessant war zu hören, daß heute noch gemeldet wird, daß die Felle langsam aber sicher fortschwimmen.

Aus aller Welt.

Berlin. Der fliehende Kapitalistenschwarm. Polizeipräsident Ernst ist in Begleitung des Regierungsrats Weiß nach Weimar gereist, um dort über einen neuen Fall eines geheimnisvollen Millionenschmuggels Bericht zu erstatten. Mit Hilfe von Agentinnen hatte man herausgebracht, daß ein Betrag von 10 Millionen Mark, der einer früher sehr hochstehenden Persönlichkeit gehören soll, nach der Schweiz verschoben werden sollte. Eine mehrköpfige Bande war mit der Ausführung des Schmuggels beauftragt, sie wurde aber durch ein aus drei Flugzeugen bestehendes Geschwader in Nürnberg eingeholt und festgesetzt. — Die vom Prinzen von Wied nach Schweden verschobenen Schätze haben nach Feststellung von Sachverständigen einen Wert von 30 Millionen Mark. Was zu Beginn des Krieges transkontinentale Phantasie von den Goldautos erzählte, wird jetzt durch die Wirklichkeit weit in Schatten gestellt, nur sind es nicht „feindliche Spione", sondern „Edelste und Beste" von vorgestern, die ihr Vermögen vor den Folgen der Niederlage zum Schaden des eigenen Landes zu retten suchen.

Parteinachrichten.

Fortschritte in der Partei. 18 000 Mitglieder hat unsere Partei in Breslau-Stadt. In den letzten Monaten sind dort der Partei 3000 Mitglieder beigetreten. Diese Tatsache zeigt, daß unsere Partei ihre alte Werbekraft bewährt, wenn nur gearbeitet wird. Auch bei uns ist noch viel zu holen, unsere Genossen müssen nur die Zeitumstände ausnützen und dürfen sich nicht von den Phrasen verblüffen lassen.

Briefkasten der Redaktion.

H. B. Lyrische Gedichte können wir nur selten unterbringen, gelegentliche Mitarbeit in dem von ihnen angedeuteten Sinne ist nicht unerwünscht.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Lebensmittel-Kalender.

Fleischverkauf. Die Verbrauchsmenge an Fleisch wird in dieser Woche auf 125 Gramm festgesetzt. Es werden je zur Hälfte frisches Rindfleisch und Rinderpökelfleisch ausgegeben. Der Verkauf erfolgt Sonnabend, den 23. d. M. durch die Fleischer; die Verbraucher beziehen das Fleisch bei den Fleischern bei denen sie zur Kundenliste angemeldet sind gegen Abtrennung der reitischen Fleischmarken für die Woche vom 18. bis 24. d. M. Die Marken sind zu 100 Stück gebündelt in verschlossenem Umschlage, auf dem die Firma und die Zahl der Marken zu vermerken ist, bis zum 26. d. M. an das Stadternährungsamt, 1. Obergeschoß, Saal links, abzuliefern. Der Kleinhandelsverkaufspreis beträgt für 125 Gramm 1 Mark.

Wurstverkauf. In der laufenden Woche wird bei den Fleischern für jede Person eines Haushalts 50 Gramm Wurst (Preßkopf) verabfolgt. Der Verkauf erfolgt am Sonnabend, den 23. August 1919. Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marken 4 A und 4 B der Reichsfleischkarten für die Woche vom 18.—24. d. M. zu erfolgen. Der Verkaufspreis beträgt 35 Pf. für 50 Gr. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, 1. Obergeschoß, Saal links, bis 26. August abzuliefern.

Verkauf von Kunstpeisefett. Der Verkauf von Kunstpeisefett findet am Freitag, den 22. August 1919 statt. Es werden 100 Gramm je Kopf ausgegeben. Der Verkauf erfolgt durch die Fleischer; die Verbraucher beziehen das Fett bei den Fleischern bei denen sie zur Kundenliste angemeldet sind. Das Kunstpeisefett wird gegen Abtrennung der Marke 10 der Einfuhr-Zusatzkarte (Schmalz) abgegeben. Diese Marke ist von den Fleischern abzutrennen. Die Marken sind zu 100 Stück gebündelt in verschlossenem Umschlage, auf dem die Firma und die Zahl der Marken zu vermerken ist, bis zum 26. d. M. an das Stadternährungsamt — I. Obergeschoß Saal links — abzuliefern. Der Kleinhandelspreis beträgt für 100 Gramm Kunstpeisefett 1,04 Mark.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Freitag, den 22. August 1919 auf den Abschnitt 14 für die eingetragenen Kunden in der Verkaufsstelle der Riemberger Molkerei, Lindenstr. 52 (nachm. von 2—6 Uhr). Auf jeden Abschnitt wird ¼ Pfund abgegeben. Der Preis für ½ Pfund Quark beträgt 70 Pfennig. Die abgetrennten Abschnitte sind bis 25. August abzuliefern.

Städtischer Verkauf von gemahlener Kaffee-Mischung garantiert 30 Prozent reiner Bohnen-Kaffee in der Talamtschule, am Freitag, den 22. August 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelkarten mit den Nummern 31 001 bis 39 000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 39 001 bis 46 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann für jede Person eines Haushaltes ¼ Pfund zum Preise von 75 Pfg. für das Viertelpfund abgegeben werden.

Graupen. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf von Graupen wie folgt geregelt. Der Verkauf beginnt am Freitag, den 22. August 1919. Für jede Person eines Haushaltes kann ½ Pfund abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 44 Pfennige für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Graupen einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 383 des Warenbezugsscheines 24. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, I. Obergeschoß (Saal links) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

Halle, den 21. August 1919. **Der Magistrat.**

Amtliche Bekanntmachungen für Weißenfels.

Geschäftsstunden der städtischen Leihanstalt.

Die städtische Leihanstalt, Marienstraße 1a, ist Montags, Mittwochs, Donnerstags und Sonnabends geöffnet. Es ist somit allen Pfandinteressenten ausreichend Gelegenheit gegeben, sich ohne Inanspruchnahme von Mittelspersonen (Pfandvermittlern) an die Leihanstalt direkt zu wenden, wodurch unnötige Nebenkosten vermieden werden.

Die Beamten der Leihanstalt sind zur strengsten Geheimhaltung aller Vorkommnisse verpflichtet.

Weißenfels, den 19. August 1919. **Der Magistrat.**

Speisefettverkauf. Von heute mittag ab findet in nachstehend aufgeführten Geschäften gegen Abgabe der 7. Buttermarke Verkauf von Speisefett statt. Auf jede Marke werden 100 Gramm zum Preise von 1,10 Mark abgegeben. Fleischermstr. Seidel, Saalstr. 1—900, Wagner, Bergstr. 901—1800, C. Werner, Merseburger Straße 1801—2700, Rauhardt, Naumburger Str. 2701—3600, P. Würtel, Tagewerbener Str. 3601—4500, O. Bach, Nikolaistr. 4501—5400, Pennert, Kubastr. 5401—6300, Schmidt, Katharinenstr. 6301—7200, Schmidt, Langendorfer Str. 7201—8100, Jacoby, Nikolaistr. 8101—9000, Röhrich, Klosterstr. 9001—9900, Hartmann, Beudistr. 9901—10 800, Conrad, Friedrichsplatz 10 801 bis 11 700, Hessel, Nikolaistr. 11 701—12 600, Kurze, Langendorfer Straße 12 601—13 500, Schader, Kalandstr. 13 501—14 400, Kathe, Leipziger Str. 14 401—15 300, Würtel, Zimmerstr. 15 301—16 200, Schirmer, Beudistr. 16 201—17 100, Zweig, Gr. Burgstr. 17 101 bis 18 000, C. Werner, Schloßgasse 18 001—18 900, Huth, Beudistraße 18 901—19 800, Bergmann, Nikolaistr. 19 801—20 700, Deist, Naumburger Str. 20 701—21 600, Petri, Friedrichsplatz 21 601 bis 22 500, Irmisch, Leipziger Str. 22 501—23 400, Hecht, Tagewerbener Str. 23 401—24 300, Seidel, Jüdenstr. 24 301—25 200, P. Helm, Naumburger Str. 25 201—26 100, Trommer, Beudistr. 26 101—27 000, C. Bach, Nikolaistr. 27 001—27 900, Seidel, Beudistraße 27 901—28 800, Schrecker, Merseburger Str. 28 801—29 700, Helm, Jüdenstr. 29 701—30 600, Thal, Zeitzerstr. 30 601—31 500, Red, Merseburger Str. 31 501—32 400, Bogler, Merseburger Str. 32 401—33 300, Schieck, Jüdenstr. 33 301 bis Schluß. Die Abholung hat bis zum 23. d. M. zu erfolgen.

Quarkverkauf. Von heute mittag 1 Uhr ab findet in nachstehenden Geschäften gegen Abgabe der 15. Margarinemarke Verkauf von Speisequark statt. Auf jede Marke werden 200 Gramm zum Preise von 56 Pfg. abgegeben. Petzold, Marienstr. 6475 bis 7600. Die Abholung hat bis zum 22. August mittags 12 Uhr zu erfolgen.

Weißenfels, den 21. August 1919. **Der Magistrat.**

Amtliche Bekanntmachungen für Bitterfeld.

Bekanntmachung.

Die Mahlkarten für Selbstversorger können im Rathause Zimmer Nr. 2 abgeholt werden.

Bitterfeld, den 20. Aug. 1919. **Der Magistrat.** Schmidt.

Betrifft: Verteilung des amerikanischen Weizenmehls.

Im Laufe dieser Woche trifft wieder amerikanisches Weizenmehl ein. Davon sind in erster Linie die Abschnitte 4a (Woche vom 13. bis 19. Juli), 4b (Woche vom 20. bis 26. Juli) und 4c (Woche vom 27. Juli bis 2. August) der alten Einfuhrzusatzkarte zu beliefern. Erst dann dürfen die Abschnitte 1 (Woche vom 4. bis 9. August), 2 Woche vom 10. bis 16. August) und 3 (Woche vom 17. bis 23. August) der neuen Einfuhrzusatzkarten eingelöst werden, sofern noch Mehl vorhanden ist.

Ein Verfall der Einfuhrzusatzkarten tritt auf keinen Fall ein, da dem Kreise wieder amerikanisches Weizenmehl zugewiesen ist.

Der Preis beträgt wie bisher 50 Pfennig pro Pfund.

Bitterfeld, den 20. August 1919.

Der Kreisausschuß des Kreises Bitterfeld.
Freiherr von Bodenhausen,
Landrat.

Veröffentlicht!
Bitterfeld, den 20. Aug. 1919. **Der Magistrat.** Schmidt.

Betr. Abgabe von Magermilch.

Der Stadt ist Magermilch überwiesen. Diese wird in der hiesigen Molkerei — Innere Zörbiger Straße 25 — von mittags 1 Uhr ab gegen Vorzeigen der Milchkarte B (grün) verkauft.

Bitterfeld, den 19. Aug. 1919. **Der Magistrat.** Schmidt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190821-16/fragment/page=0006